

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart den 7. Februar 1906

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunbelt), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Wahlrechtskämpfe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Luise Zieg. — Ein Rundgang durch die Heimarbeitausstellung in Berlin. Von M. L. — Der Mehrwert. Von Julian Borchardt. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreis Essen. — Russische Praxis in Preußen. — Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen. — Etwas von Not und Kampf sächsischer Textilarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau.

Notizenteil: Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Soziale Gesehgung.

Feuilleton: Neue Tefel. Von Emanuel Geibel. (Gedicht). — Der heilige Dohse oder Triumph der Lüge. Von August Strindberg.

Die Wahlrechtskämpfe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten.

Während in Sachsen und Hamburg das Klassenbewußte Proletariat schon seit Wochen einen erbitterten und zähen Kampf führt gegen begangene oder beabsichtigte Wahlrechtsänderungen und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, hatten unsere preussischen Genossen und Genossinnen den 21. Januar als den Tag erkoren, an dem sie den Sturm auf gegen das „elendeste aller Wahlsysteme“ eröffneten. In ihren imposanten Demonstrationen versammelten sie zugleich in Gemeinschaft mit dem kämpfenden Proletariat allerorten in Deutschland ihre Sympathie und Bewunderung für die Helden und Märtyrer der russischen Revolution, deren Geburtstag auf den 22. Januar fällt.

Dem Ernst und der Wichtigkeit der Situation entsprechend, hat die Arbeiterklasse mit geradezu majestätischer Ruhe demonstriert und damit den ersten wichtigen Hieb geführt gegen den Absolutismus der Dreieinigkeit: Junker, Pfaff und Geldsack. Diese Ruhe des zielklaren und entschlossenen Proletariats steht im grellen Gegensatz zu der Nervosität und Fieberhaftigkeit der Behörden und der Militärverwaltung, sowie zu der Verrücktheit des hegenden und provozierenden Treibens des bürgerlichen Presselichters. Beschlagnahmungen von Flugblättern; Verhaftungen von Redakteuren und Flugblattverteilern; Anklagen über Anklagen gegen Redner, Demonstranten und Redakteure; Konfiskation des schätzbaren Restes von Vereins- und Versammlungsfreiheit in Sachsen, Hamburg, manchen Orten Preußens, einer Reihe thüringischer Kleinstaaten; der Ruf nach Ausnahmengesetzen gegen die Sozialdemokratie und die Aufforderung zur schärfsten Anwendung des bestehenden Strafrechts gegen uns seitens der preussischen Herrenhäuser und des deutschen Reichskanzlers: das ist die einzigste Antwort, welche die herrschende Gesellschaft dem sein politisches Recht truglich und nachdrücklichst fordernden Proletariat zu geben weiß!

Steine statt Brot, neue Ketten statt der Freiheit reicht man dem Volk, dadurch seine Erbitterung aufs höchste aufschaukelnd. Bestätigt das Wutgeheul der Scharfmacher, wie sehr der erste wichtige Hieb sah, den das Proletariat geführt hat, so zeigt das Verhalten des bürgerlichen Pressklüngels vor wie nach dem 21. Januar die ganze Erbärmlichkeit und Jammerlichkeit eines Bürgerstums, das aller politischen Ideale bar ist. Mit wenigen rühmlichen Ausnahmen hat die gesamte bürgerliche Presse vor dem 21. Januar das Menschenmögliche geleistet in einer scharfmacherischen Dage gegen das Klassenbewußte Proletariat, nach dem 21. aber in Beschimpfungen und Herabwürdigungen der Demonstration. Vergeblich versuchten ein Barth und einige andere „weiße Raben“ aus den Reihen der Freisinnigen den rüdenmarfchwindfächtigen Liberalismus zu einer mannhafte Tat aufzurufen. Statt mit den Sozialdemokraten den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen, fielen die liberalen Helden über uns her, über unsere „lärmenden Demonstrationen“ zeternd und ihre eigene politische Indolenz der staunenden Welt als „die Indolenz der Arbeiter“ enthüllend. Haß und Furcht gegenüber der Klassenbewußten Arbeiterschaft ist die alles andere überwuchernde Empfindung dieser politischen

Genossen. Ihre Erbärmlichkeit zeigt sich nicht zum wenigsten auch darin, daß sie versuchen, der Sozialdemokratie die Schuld zuzuschreiben für Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Demonstranten, wie in Sachsen, die lediglich auf das Konto der Rücksichtslosigkeit und Taktlosigkeit der Behörden zu setzen sind, oder für Exzesse des Pöbels, wie in Hamburg, die von der Polizei hätten verhütet werden können, wenn sie auf das lichtscheue Gesindel, das sie verübte, nur halb so scharf ihr Augenmerk richtete, als auf die ernst und würdig demonstrierenden Arbeiter. Denn die Demonstration des Hamburger Proletariats, die kurz vor dem 21. Januar in voller Werkzeit stattfand, das Getriebe der Stadt für Stunden lahmlegte und vorbildlich zeigte, was die Massen bei Zielklarheit und Disziplin vermögen, diese gewaltige Demonstration ist ebenfalls in voller Ruhe verlaufen. Mit ihrem Treiben haben die Liberalen der Reaktion Wasser auf die Mühlen geleitet und ihr Schleppenträgerdienste geleistet. Hätten die Klassenbewußten Proletarier noch nicht gewußt, daß sie bei ihrem Kampfe um politische Rechte sich einzig auf sich und ihre Kraft zu verlassen haben, sonnenklar müßte es jetzt selbst dem größten Optimisten werden.

Angesichts der Situation und ihrer Aufgaben ist es besonders erfreulich, daß die Massenbeteiligung von Männern und Frauen an den Demonstrationen Zeugnis abgelegt hat für die politische Reife des Proletariats in seiner Gesamtheit. Wohl nie war die Beteiligung der Frauen an den von der Sozialdemokratie veranstalteten Aktionen eine so große als diesmal. In Rede und Schrift, beim Verbreiten der Flugchriften und bei den Demonstrationen, überall haben die Genossinnen gleich den Genossen in nachdrücklichster und unzweideutiger Weise ihrem Willen Ausdruck verliehen. Wohl nie zuvor ist aber auch in Deutschland mit derselben Energie und Begeisterung der Kampf für die politischen Rechte der Frauen gekämpft worden als diesmal. In den Aufrufen zur Demonstration, in den Parteizeitungen, in den Versammlungen, in den Flugblättern und Resolutions wurde gleichzeitig mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für die Männer ausdrücklich auch das gleiche Recht für die Frauen verlangt. Es ward betont, daß Gerechtigkeit und historische Einsicht verlangen, daß aber auch das praktische Interesse des Proletariats gebietet, die Sozialdemokratie müsse wie stets die weitgehendsten Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen und laut und nachdrücklichst den Ruf erheben: „Her mit dem Frauenwahlrecht!“

Bei den gegenwärtigen Wahlrechtskämpfen hat die Sozialdemokratie ihre Pflicht, für die politische Gleichberechtigung der Frau zu kämpfen, voll erfüllt. Und nur frauenrechtlerische Verlogenheit und Böswilligkeit können es fertig bringen, das Gegenteil zu behaupten. Ihr Gekläff läßt uns ebenso kalt, wie das der übrigen bürgerlichen Pressmente. Die Erkenntnis, daß es notwendig ist, für das gesamte Proletariat — das männliche wie weibliche — politische Rechte zu erlangen, die Macht- und Kampfmittel im Klassenkampf sind, schreibt uns unsere Taktik vor sowohl bei der Aufstellung von Forderungen als auch bei der Formierung und Schulung unserer Kampftruppen. Daher bringen unsere Wahlrechtskämpfe doppelten Gewinn: Sie führen uns einen Schritt weiter unserem nächsten Ziele zu, der Erringung der politischen Rechte. Sie stärken und schulen unsere Kampftruppen, die sich die Eroberung der politischen Macht zum Ziele gesetzt haben. Und daß unter diesen Kampftruppen eine immer größere Zahl weiblicher Kämpfer steht, das soll unsere Sorge, unsere Aufgabe sein.

Luise Zieg.

Ein Rundgang durch die Heimarbeitausstellung in Berlin.

In Berlins Prachtstraße: Unter den Linden ist am 17. Januar die Ausstellung von Erzeugnissen der Heimindustrie oder wie ihr offizieller Titel lautet: „Die Heimarbeitausstellung“ ohne Sang und Klang eröffnet worden. Ihren Ursprung kann die Veranstaltung von der kleinen Sammlung von Gegenständen der Hausindustrie herleiten,

die anlässlich des Heimarbeiterschuttkongresses vor 2 Jahren im Berliner Gewerkschaftshaus von den Gewerkschaften zur Information ausgestellt wurden. Die Idee, durch einen Anschauungsunterricht des Glends die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit zu erweisen, hatte bei den Männern von der „Sozialen Praxis“ Anklang gefunden. Auf ihre Anregung ist mit Hilfe der freien Gewerkschaften in erster Linie, aber auch der Gewerksvereine und christlicher Gewerkschaften die jetzige Ausstellung zustande gekommen; sie kann als wohlgelungen bezeichnet werden.

In fünf großen Räumen des alten Akademiegebäudes hat die Fülle der Ausstellungsgegenstände in ziemlich übersichtlicher Anordnung Platz gefunden.

Die Konfektion für Herren, Damen und Kinder ist am umfangreichsten vertreten. Alle die notwendigen Bedarfsartikel für den äußeren Menschen an Röcken und Hosen, Mänteln und Kragen, für Zivil und Beamte finden wir hier. Ein Drillanzug, wie ihn die Soldaten beim Turnen im Sommer tragen, erinnert an die Geschäfte der Herren Militärlieferanten, Geschäfte, die um so mehr blühen, je schonungsloser die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen geschöpft werden.

Ein bescheidenes Plätzchen nur nimmt die zurzeit durch die Steuerschraube so stark bedrohte Tabakindustrie ein. Kein Wunder! Denn die im äußeren fast gleichen Zigarren und Zigaretten gestatten keine solche Mannigfaltigkeit wie Konfektion oder Spielwaren. Hier wären vielleicht Tabellen über den Umfang der Heimarbeit belehrender gewesen.

Außerst reichhaltig ist die Abteilung für Textilindustrie. Sweater, Konzerttächer in den buntesten Farben und verlockendsten Mustern, grobkörnige Decken, niedliche Kinderunterrockchen und wärmende Schalltücher, Kleiderstoffe, kurz, alles was die fleißigen Hände der Weber und Weberinnen herzustellen vermögen, ist vertreten.

Ein erschütterndes Bild von der Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft entrollt die Abteilung für Wäsche, Wäschestickerien und Häkelarbeiten. Fast durchweg sind es Hungerlöhne, welche die Verfertigerinnen der zierlichen und schönen Waren ernten.

Was kunstfertige Hände der Frauen zu leisten vermögen, sehen wir auch in der Industrie künstlicher Blumen. Geschmackvolle und akkurate Arbeiten, dafür aber auch mit den fürstlichen Löhnen von 2 bis 20 Pf. pro Stunde vergolten! Die Entrüstung gewisser Kreise über jeden Taubenflügel an den Hüften der Damen wird sich hoffentlich auch auf die Menschenvernichtung bei solchen Löhnen erstrecken und Laten zeitigen, wenn es gilt, ihr entgegenzutreten.

Der Holzarbeiterverband hat die Produkte der verschiedenen Sparten ausgestellt, die in ihm vereinigt sind: so Korbflechterarbeiten, Musikinstrumente, Bürstenwaren, Korbarbeiten und Spielwaren. Thüringen, das Erzgebirge und die Gegend um Oberammergau sind mit solchen Hungerindustrien beglückt. Auch nur den kleinsten Teil der ausgestellten Spielwaren anzuführen, ist unmöglich. Die niedlichen weißen Schächchen erinnern an das eben verfloffene Weihnachtstfest, wo vor den Warenhäusern arme Kinder ihr Klägliches: „n Schächten een Groschen! Koosen Een Schächten!“ ertönen ließen. Das „Glendsvieh“ des Erzgebirges fällt besonders auf. Für zirka 90 Holztiere gibt's eine Mark, macht bei der aufgewendeten Zeit einen Stundenlohn von 4 Pf., doch sind auch die Löhne von einem deutschen Reichspfennig pro Stunde nicht selten. Ob den Unglücklichen, deren Arbeit so gelohnt wird, auch die Kompottschüssel überläuft? Eine besondere Verschärfung der Ausbeutung erfolgt hier dadurch, daß vom Arbeiter die Materialien geliefert werden müssen. So erhält ein Arbeiter für ein Kasperletheater mit fünf Figuren bare 2 Mk. An Auslagen hat er 1,78 Mk., bleibt ihm für seine Mühe und Arbeit 22 Pf., sage und schreibe zweiundzwanzig Pfennig, und das bei einem Gegenstand, der im Laden mit 6 bis 8 Mk. verkauft wird.

Ähnliche entsetzliche Tatsachen erzählen die Ausstellungen des Deutschen und Christlichen Metallarbeiterverbandes, wenn diese auch weniger in die Augen fallen. Messer, Schwarzwälder Uhren, Klempnerarbeiten und Produkte der Nürnberger Spielwarenindustrie seien davon angeführt. Als Aussteller erscheinen weiter die Verbände der Sattler, Kürschner und Hutmacher, Handschuhmacher und Schuhmacher. Die Berliner Goldbleibenindustrie ist ebenfalls vertreten.

Die Porzellaner haben eine Sammlung bemalter Zeller, Figürchen, Badepfannen und andere Gegenstände zusammengebracht. Sie liefert ebenfalls den Beweis, wie künstlerische Fähigkeiten gelohnt werden. In welcher schreiendem Mißverhältnis die Löhne zum Preise der Waren stehen, ersticht man auch recht auffällig in der Porzellanerbranche. Ein lebernes Täschchen bringt bei einem Ladenpreis von 45 Mk. dem Arbeiter einen Stundenlohn von

ganzen 40 Pf. Der Buchbinderverband ist mit Brillenfutteralern, Bonbonnieren, Pillen- und Zigaretten-schachteln vertreten.

Das Bureau für Sozialpolitik hat Tüllarbeiten mit Flitterbesatz aus dem Speßart zur Schau und zum Studium ausgestellt. Es handelt sich hier durchgängig um Waren, die von Angehörigen der besitzenden Klassen konsumiert werden. Die Löhne sind jämmerlich, der Verdienst der Händler beträgt 100 Prozent. Allerdings ein „bescheidener“ Nutzen, bei dem jede Lohnaufbesserung „gänzlich ausgeschlossen“ ist!

Erwähnen wir noch die ausgestellten Stickereien! Da ist ein Fahnenband mit der Inschrift: Heil Kaiser dir! Da der Verdienst bei dieser Arbeit 19 Pf. pro Stunde beträgt, so kann man ungefähr die Begeisterung ermessen, von der die Arbeiterin besetzt sein muß — bei Zichorienbrühe und Kartoffel! Ein Bierkissen mit dem Wille der „Perle von Meppen“, der kleinen Erzgebirgs-Webstühle, bringt einen Verdienst von 30 Pf. pro Stunde, was schon etwas glückenstärkender ist.

Damit hätten wir einen flüchtigen Rundgang durch die Ausstellung beendet, mit der wir uns noch wiederholt eingehend beschäftigen werden. Heimarbeitelend ist in größtem Umfang Frauen- und Kinderelend, und die trockenen Zahlen über Löhne, Arbeitszeit und andere Arbeitsbedingungen werden zu Anklagen, zu Waffen gegen die Gesellschaftsordnung, die so grenzenlosen Jammer zeugt. Unsere Skizze würde nicht vollständig sein, wenn wir nicht des prächtigen Ausstellungspalasts gedenken, das Räthe-Kollwitz entworfen hat. Der Kopf einer Heimarbeiterin. Aus einem abgehärmten, früh gealterten Gesicht blicken ein paar Augen, so müde, so hoffnungslos, wie eben nur eine durch Arbeit, Hunger und Sorgen zermürbte Arbeiterin blicken kann. Sie hat nur noch einen Trost, nicht mehr fern dem Grabe zu sein, wo sie ruhen kann, stille, friedlich, immer, immer, ohne daß ein grauer Morgen sie zur Arbeit in der Treitmühle weckt.

Die Veranstaltung soll nach den Absichten ihrer bürgerlichen Urheber in erster Linie dazu dienen, das Interesse der Besitzenden zu wecken, die Aufmerksamkeit der Kreise auf sich zu ziehen, welche für die innere Politik einflußreich sind. Von dieser Wirkung hofft man die andere, daß das himmel-schreiende Elend der Heimarbeit mit allen Maßnahmen, insbesondere gesetzgeberischer Natur, bekämpft wird. Wir sind der Ansicht, daß diese Hoffnung auf einem Köhlerglauben beruht. Sicherlich werden Herren und Damen aus dem Westen Berlins die Ausstellung besuchen, um sie gesehen zu haben. Aber was kann die Ausstellung diesen Herrschaften sagen? Sie werden viele der Gegenstände einfach süß und entzückend finden, bei anderen die Nase rümpfen, aber was es heißt, 16 Stunden zu arbeiten, in der Werkstätte des Schweißmeisters, in der Küche der großstädtischen Wohnung oder in den verschneiten einsamen Hütten unserer Gebirge, das können sie trotzdem nicht verstehen. Ihre kühnste Phantasie wird sich nicht ausmalen können, wie Familien mit 4, 6 oder 8 M. im Erzgebirge leben können; wie ein Mädchen mit 8 bis 10 M. sich in Berlin anständig durchzubringen vermag. „Mein Gott, so viel braucht man ja für Handschuhe in der Woche!“ Und die Herren Geheimräte und Professoren der Nationalökonomie? Jenuu, gewiß, gewiß großes Elend, aber ohne die Heimarbeit würde es den Gebirglern noch trauriger gehen, und in der Großstadt ist die Heimarbeit ja „eigentlich“ ein notwendiges Übel. Wo bleiben die Unternehmer, die ganze Industrie, wenn Fabriken gebaut werden müßten. Traurig, ohne Zweifel, aber nicht zu ändern!

Die Heimarbeit ist zu einer so wichtigen, weil besonders einträglichsten Form der kapitalistischen Ausbeutung des Proletariats geworden, daß die herrschenden und besitzenden Klassen ihr nicht ernstlich zu Leibe gehen, trotz der fressenden Schäden, die sie nicht bloß für die Ausgebeuteten, sondern für die ganze Nation zur Folge hat. Darüber dürfen die Tränen wohlmeinender Damen und die verständigen Mienenarten eines väterlichen Sozialpolitikers nicht täuschen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen mögen die Heimarbeit ausstellung fleißig besuchen. Sie zeigt ihnen, welche geradezu unheimlichen Dimensionen im Zeitalter der Maschinen, der Elektrizität, der technischen Fortschritte jeder Art die Heimarbeit angenommen hat. Sie können ermessen, was es heißt, mit den angegebenen Hungerlöhnen auszukommen und bis in die Nacht hinein zu fronden. Sie werden aus der Ausstellung die Lehre ziehen, unermüßlich für die Ausbreitung und Stärkung ihrer Organisationen zu wirken und sich der Partei anzuschließen, die allein den festen Willen und die Kraft hat, jedes Elend, jede Unterdrückung aufzuheben und die Menschen erst zu Menschen zu machen. Im Hinblick auf diese aufrüttelnde Wirkung begrüßen wir die Ausstellung.

m. l.

Der Mehrwert.

I.

Wer als Ursprung des Profits (vergleiche die letzte Plauderei in Nr. 20 der „Gleichheit“ von 1905) die Überverteilung im Handel ansieht, der wird, um den Profit, die Quelle der Massenarmut zu bekämpfen, sich in Feindschaft gegen den Handel lehnen. Er wird dazu neigen, den Handel schlechthin für schädlich zu halten und im Zwischenhändler nur einen Schmarotzer zu sehen, der sich unnötigerweise einschleibt zwischen Produzenten und Konsumenten, um einen oder womöglich beide zu schröpfen. Er wird folglich nach Mitteln suchen, das Zwischenhändlerium auszurotten in der Meinung, daß dann die soziale Frage gelöst sei. Wer sich dagegen im Verkauf unserer bisherigen Ausführungen überzeugt hat, daß der Profit gar nicht im Handel entspringt, und daß überdies

der Handel an sich ebenso nötig und nützlich ist wie andere Berufe, der wird auf diesem Wege die Lösung der sozialen Frage nicht mehr suchen.

Die soziale Frage ist die Frage des Profits. Diesen zu beseitigen ist der Zweck des Sozialismus. Entspringt der Profit nicht im Handel, so wird unsere nächste Aufgabe sein, die wahre Quelle des Profits zu suchen.

Mit dem Verkaufspreis ist nichts zu machen. Wir sind zu der Annahme gezwungen, daß auch da, wo er dem Werte gleicht, Profit entstehen muß. Aber nun ist noch der Einkaufspreis da. In der Tat, wenn der Verkaufspreis dem Werte gleicht, so muß der Einkaufspreis geringer sein als der Wert, und wir kämen zu dem Resultat, daß der Kaufmann seine Waren unter dem Werte einkauft und daher seinen Profit zieht. — Ist das denkbar?

In letzter Linie stammen die Waren vom Fabrikanten. Können wir annehmen, daß dieser sie unter ihrem Werte verkauft? Aber wo käme dann sein eigener Profit her? Er kauft ja von niemand mehr (wenigstens keine fertigen Waren), er fabriziert sie selbst und kann nicht wohl weniger dafür bezahlen als die — Produktionskosten. Und diese sollen ja, nach der gewöhnlichen Ansicht, den Wert der Ware darstellen.

Indessen, die gewöhnliche Ansicht ist für uns längst kein Heiligtum mehr. Zu viele Ungenauigkeiten haben wir ihr schon nachgewiesen. So werden wir uns auch hier fragen, ob sie recht habe. Es bleibt ja kein anderer Weg. Auch wo der Verkaufspreis dem Werte gleicht, ist Profit vorhanden. Folglich müssen die Produktionskosten geringer sein als der Wert.

Um das zu ergründen, werden wir untersuchen müssen, aus welchen Bestandteilen sich beide — die Produktionskosten und der Wert einer und derselben Ware — zusammensetzen, und sie dann miteinander zu vergleichen.

Die Bestandteile der Produktionskosten finden wir in der Kalkulation (Berechnung) jedes Fabrikanten. Nehmen wir als Beispiel baumwollene Hemden. Zu jedem Hemd ist ein gewisses Quantum Baumwollstoff nötig, dessen ganzer Preis natürlich zu den Produktionskosten gehört. Neben dem Rohstoff sind Hilfsstoffe nötig, Farbe zum Beispiel. So viel davon für ein Hemd verbraucht wird, gehört zu seinen Produktionskosten. Des weiteren sind zur Verarbeitung des Stoffes Werkzeuge und Maschinen nötig. Auch diese gehören zu den Produktionskosten, doch stellt sich hier das Verhältnis anders. Zur Fabrikation eines einzigen Hemdes wird keine ganze Maschine verbraucht, und es kann daher auch keine ganze Maschine verrechnet werden. Nur so viel davon gehört in die Produktionskosten, wie bei der Fabrikation dieses einen Hemdes wirklich verbraucht wird. Der Fabrikant wird also ausrechnen, wie viel Hemden mit Hilfe aller dazu nötigen Maschinen und Werkzeuge im Laufe der Jahre alles in allem hergestellt werden (was durch Erfahrung wohl bekannt ist), und auf diese Weise bekommt er heraus, wie viel von dem Werte der Maschinen und Werkzeuge auf die Produktion eines einzelnen Hemdes entfällt. Desgleichen verfährt er mit den Hilfsstoffen, welche die Maschinen verbrauchen, Öl, Kohlen usw. Ferner braucht er Platz, um die Maschinen aufzustellen und die Arbeiter unterzubringen. Dafür muß er Miete bezahlen. Um jedoch die Rechnung zu vereinfachen, wollen wir annehmen, der Grund und Boden sei sein Eigentum, so daß die Miete fortfällt. Jedoch muß er die Gebäude errichten, die er zum Betrieb braucht. Auch diese werden abgemietet, so daß ihr Wert in genau der gleichen Weise wie der der Maschinen zu den Produktionskosten beiträgt. Dazu kommen die Kosten für Heizung, Beleuchtung usw., die sich alle genau aufs einzelne Hemd berechnen lassen. Zum Schluß der Arbeitslohn.

Folgendes sind demnach die Elemente (Bestandteile), aus denen sich der Herstellungspreis jedes Baumwollhemdes zusammensetzt:

1. ein Teilchen vom Werte der Gebäude;
2. ein Teilchen vom Werte der Maschinen und Werkzeuge;
3. die Kosten für Heizung, Beleuchtung und dergleichen, soweit sie für dieses Hemd nötig waren;
4. der Gesamtpreis des in diesem Hemde verbrauchten Rohstoffes;
5. ebenso der Gesamtpreis der verbrauchten Hilfsstoffe (Farbe zum Beispiel);
6. endlich der Arbeitslohn, der für dieses Hemd bezahlt wurde.*

* Es sei bei dieser Gelegenheit auf eine Tatsache hingewiesen, die zwar zu unserem Thema nicht gehört, aber sehr wichtig ist für jeden, der sich — vielleicht angeregt durch unsere Plaudereien — weiter in der Nationalökonomie unterrichten will. Wie man sieht, tragen die aufgezählten Bestandteile nicht alle in der gleichen Weise zu den Produktionskosten bei. Der Rohstoff zum Beispiel wird bei der Produktion eines einzigen Hemdes vollständig aufgebraucht, und somit geht auch sein ganzer Wert mit einem Male in die Produktionskosten dieses einen Hemdes über. Die Maschine dagegen wird nicht mit einem Male verbraucht. Die ganze Maschine ist zur Herstellung jedes einzelnen Hemdes nötig, es darf kein Schraubchen daran fehlen; aber die Maschine wird dadurch nicht verbraucht, sie kann jahrelang weiter dienen und weitere Baumwollhemden fabrizieren. Infolgedessen gehört zu den Produktionskosten eines Hemdes auch nur ein ganz kleiner Bruchteil vom Werte der Maschine. Somit besteht das Kapital, das der Fabrikant anwenden muß, aus zwei deutlich geschiedenen Teilen: aus solchem Kapital, das bei jedem einzelnen Produktionsakt vollständig verbraucht wird (insbesondere Rohstoffe, Hilfsstoffe, Arbeitslohn) — man nennt dies das zirkulierende (umlaufende) Kapital —, und aus solchem, das bei einer Reihe von Produktionsakten mitwirkt (besonders Gebäude, Maschinen) — dies ist das fixe (feststehende) Kapital. Der Unterschied, der auf den ersten Blick gesucht erscheinen möchte, ist sehr wichtig. Wir können hier weiter nicht darauf eingehen und weisen nur auf eines hin: wenn der Baumwollstoff teurer wird, so steigen sofort

Das sind die Produktionskosten. Betrachten wir nunmehr den Wert des fertigen Produktes. Der Wert ist, wie wir wissen, diejenige Menge Arbeit, die nötig war, um die Ware herzustellen. Julian Borchardt.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Um die Agitation unter den Frauen zu fördern, hat der Wahlverein in Jena mit einer gut besuchten Versammlung eingesezt, an die sich Versammlungen in der Umgegend angeschlossen. 88 weibliche Mitglieder wurden der Partei in Jena selbst gewonnen. In Lobeda war der Erfolg ebenfalls ein guter: außer den 40 Abonnenten auf die „Gleichheit“ traten noch eine Anzahl bisher fernstehender Männer und Frauen dem Bildungsverein bei. Auch in Weida erfreute sich die Versammlung starken Besuchs. 49 Personen schlossen sich hier dem Arbeiterbildungsverein an; ferner gelang es, eine Genossin zu finden, die als Vertrauensperson gemeinsam mit den Genossen wirken will. Gut besucht waren die Versammlungen in Auma und Blankenhain; in dem letzteren Orte wurde ebenfalls eine Vertrauensperson der Genossinnen gewählt. In allen Orten referierte Genossin Käbler-Dresden über das Thema: „Warum muß sich die Frauenwelt am öffentlichen Leben beteiligen?“ Verzeichnet sei, daß in allen Orten die Frauen für ihren Monatsbeitrag die „Gleichheit“ erhalten. Mögen die der Sache des Proletariats Neugewonnenen tüchtige und opferfreudige Kämpfer für Recht und Freiheit werden. W. K.

Auf Veranlassung des Gewerkschaftskartells Eisenberg in S.-Altenburg referierte Genossin Lungwitz-Dresden in drei Versammlungen über: „Vete und arbeite, oder arbeite und genieße.“ Die erste Versammlung fand in Eisenberg statt und war äußerst gut besucht, zum größten Teil von Frauen, die aufmerksam dem Vortrag lauschten. Die Referentin schilderte den Anwesenden das ewig gleiche, graue Einerlei des Arbeiterlebens und ging dann näher auf das arbeitertrübe Eingreifen der Behörden ein, das sich immer häufiger wiederholt und bezweckt, der Arbeiterklasse ihr ohnehin schon so beschränktes Koalitions- und Versammlungsrecht noch zu schmälern gar oder ganz zu nehmen. Sie wies unter anderem auf Sachsen und insbesondere auf Dresden hin, wo man den Säbel hauen, den Revolver schießen ließ, weil das Proletariat gewagt hatte, seiner gerechten Forderung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes Nachdruck zu geben. Genossin Lungwitz empfahl der Versammlung als beste Waffe gegen alle Gewaltmaßnahmen ein intensives Arbeiten für die Organisierung aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. An der Debatte beteiligten sich die Frauen lebhaft und betonten besonders, daß auch die Frauen das Wahlrecht fordern müßten. Des weiteren wurde angeregt, Diskussionsabende für die Frauen zu veranstalten, und man wählte sofort als Leiterin für dieselben Genossin Till. In Serbar bei Eisenberg, wo wir fast nur mit ländlicher Bevölkerung rechnen müssen, war der geräumige Saal bis auf den letzten Platz gefüllt; zwei Drittel aller Erschienenen waren Frauen. Ein Segner versuchte fortwährend, die Referentin durch Zwischenrufe zu stören, hatte aber trotz ihrer Aufforderung und der der Genossin Böhme nicht den Mut, sich an der Debatte zu beteiligen. Er suchte seine Feigheit hinter dem Mochte-gern-Wiß zu verstecken, daß er für die Referentin überhaupt keine Worte habe. — Die letzte der drei Versammlungen war in Meuselwitz für den 19. Januar einberufen worden. Die dortige Behörde verbot jedoch den Vortrag unter Hinweis auf § 1 des Gesetzes von 1837 mit der Begründung, daß die religiös gesinnten Bürger an dem Thema Anstoß nehmen könnten, zumal die Versammlung in einem ausgesprochen sozialdemokratischen Lokal abgehalten werden solle. Auf die sofort beim Ministerium eingereichte Beschwerde wurde das Verbot noch in letzter Stunde aufgehoben; für genügende Polizeiaufsicht der Versammlung war jedoch gesorgt. In der Debatte sprachen mehrere Genossen im Sinne der Referentin. Die einzelnen Organisationen gewannen viele neue männliche wie weibliche Mitglieder. B. L.

Zimmer fester wird die Erkenntnis der organisierten Arbeiter, daß sie ohne die Arbeiterinnen ihre Kämpfe nicht siegreich führen können. Mit Eifer sind daher die Gewerkschaften bemüht, die ausgebeuteten Frauen und Mädchen aufzuklären und zu sammeln. Zu diesem Zwecke veranstalteten kürzlich die Textilarbeiter Weissenburgs einen Unterhaltungsabend, an welchem Unterzeichnete die Festrede hielt. Der Abend brachte der Organisation neben neuen männlichen auch die ersten weiblichen Mitglieder. In Lauf referierte die Unterzeichnete bei den Fabrikarbeitern und -arbeiterinnen. Der Besuch der Versammlung war sehr gut, die Organisation macht am Orte gute Fortschritte. Weiter fanden in Nürnberg mehrere Versammlungen statt für die Fabrik- und Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen von Schwarz (Jobst), für die Metallarbeiterinnen von Schuckert, die Arbeiterinnen der Spielwarenindustrie und die Spülerinnen der großen Brauereien. Die Fabrik- und Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen des oben genannten Betriebs hatten bereits vor anderthalb Monaten eine Versammlung gehabt, in welcher die Unterzeichnete sprach. Sie hatte eine rege Agitation zur Folge, die bewirkte, daß sich viele Arbeiterinnen ihren Gewerkschaften angeschlossen. Auch die kürzlich abgehaltene zweite Versammlung war sehr gut besucht. Nach dem Referat fand die

die Produktionskosten um ebensoviele; wenn dagegen eine neue, viel teurere Maschine eingeführt wird, so kann es sein, daß sie sehr viel mehr Hemden herzustellen imstande ist als die alte und daß infolgedessen der Produktionspreis jedes einzelnen Hemdes verbilligt wird.

Wahl von Vertrauenspersonen statt, die gleichzeitig den Arbeiterausschuß bilden, der aus vier weiblichen und fünf männlichen Mitgliedern besteht. Viele der Versammlungsleiterinnen und teilnehmerinnen ließen sich in den Fabrikbeziehungsweise Porzellanarbeiterverband aufnehmen. Für die Metallarbeiterinnen von Schuckert referierte Genossin Grünberg über „Rechte und Pflichten des Arbeiterausschusses“. Die Versammelten nahmen Stellung zur Entlassung respektive Verletzung einer Vertrauensperson, einem Mitglied des Ausschusses. Die Betreffende hatte gegen die ungerechte Behandlung einer Arbeiterin seitens des Werkmeisters Einspruch erhoben und war deshalb in einen anderen Saal verlegt worden. Die zum größten Teil organisierten Arbeiterinnen beschloßen daraufhin unter sich, in den Streik einzutreten, wenn die Vertrauensperson nicht wieder auf ihren alten Platz gestellt würde. Leider mußte in der Versammlung konstatiert werden, daß die betreffende Vertrauensperson nicht den richtigen Weg eingeschlagen, sondern unterlassen hatte, dem Arbeiterausschuß den Vorfall zur weiteren Behandlung mitzuteilen. Auf Grund dieses Vorkommnisses wurde beschlossen, sämtliche Vertrauenspersonen der Firma einmal zu einer Zusammenkunft einzuladen, in der das bereits genannte Thema ebenfalls erörtert werden sollte. Die Versammlung der Spülerinnen konnte wegen schwachen Besuchs nicht stattfinden, den wenigen Erschienenen wurde aber der Zweck des Zusammenkommens dargelegt. Eine spätere Versammlung soll Stellung zur Tarifberatung nehmen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallwarenfabrik von Berder waren ziemlich zahlreich versammelt. Der Vortrag über „Stellungnahme unserer Arbeitgeber und Mißstände in der Fabrik“ brachte eine rege Diskussion in Gang, an der auch Arbeiterinnen teilnahmen. Die Versammelten nahmen eine Resolution an, die sich gegen das Vorgehen der Firma wendet, Vertrauensleute aus dem Betrieb zu drängen, und beauftragte den Zillalleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Kästner, sie der Fabrikleitung zuzustellen. Ferner fand in Weissenburg am 20. Januar eine Sympathiekundgebung für die russische Revolution statt, bei welcher die Unterzeichnete über „Rußland und die Revolution“ referierte. Die Resolution, die unseren kämpfenden russischen Brüdern volle Sympathie ausdrückt, fand einstimmige Annahme, und unter Hochrufen auf die völkerebefreiende Sozialdemokratie und den Klängen der Marseillaise wurde die Versammlung geschlossen, der auch Frauen beigewohnt hatten. Helene Grünberg.

In M. Gladbach hielten es einige Genossinnen für unbedingt notwendig, auch hier die proletarische Frauenbewegung in die Wege zu leiten. Eine Agitationstour der Genossin Kähler für den Deutschen Textilarbeiterverband gab Gelegenheit, ihre Ansicht in die Tat umzusetzen. Mit dem Erfolg können wir zufrieden sein. Die Zahl der Abonnenten der „Gleichheit“ beträgt 30; 36 Genossinnen wollen in der Frauenbewegung tätig mitarbeiten. Als Vertrauenspersonen wurden die Genossinnen Panhuis und Reichardt gewählt. Mögen nun alle Genossinnen dafür Sorge tragen, daß die Bewegung unter den Frauen, die in der Kneipe ist, sich zur vollen Blüte entfaltet. Mögen auch die politisch und gewerkschaftlich organisierten Männer es als ihre Pflicht erkennen, ihre Töchter und Frauen aufzuklären und der Organisation zuzuführen. Keine Frau, die der ausgebeuteten und unterdrückten Masse angehört, sollte unserer Bewegung fernbleiben. Gerade in unserer Stadt machen die Gegner alle Anstrengungen, um die Frauen vom Kampfe für das Recht der Arbeit abzuhalten. Deshalb müssen wir mit doppeltem Eifer an das Werk der Aufklärung und Organisierung gehen. Haben wir die Frauen, so wird auch die Jugend der Sache des Proletariats gehören. An die Arbeit! Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Frau Panhuis.

Jahresbericht der Vertrauensperson der Genossinnen von Burg bei Magdeburg. Die proletarische Frauenbewegung hat im letzten Jahre dank der unermüdbaren Arbeit einer Kerntruppe von Genossinnen Fortschritte gemacht. Der Zusammenhalt und die Schulung der Frauen werden besonders durch die „Gleichheit“ gefördert. Ihr Abonnentenstamm ist 1905 von 58 auf 89 gestiegen. Zum Zweck der Agitation unter weiteren Frauenkreisen wurden insgesamt 1876 Exemplare unseres Organs verbreitet. Aus den Reihen seiner Leserinnen kam die Anregung zur Gründung eines Frauen- und Mädchenbildungsvereins. Derselbe wurde im Oktober mit 28 Mitgliedern konstituiert und zählt deren jetzt 48. Der Agitation durch die Schrift hat auch die Verbreitung der Broschüre „Die Schulfrage“ gedient, welche in 75 Exemplaren abgesetzt wurde. Eine öffentliche Frauenversammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf der Frau um Recht und Brot“ hat gar manche Proletarierin zum Nachdenken und zur Erkenntnis ihrer Lage gebracht und den Eifer der tätigen Genossinnen belebt und gestärkt. Wir setzten 200 Stück Marken à 5 Pf. um. Wenn so rührig und einmütig weitergearbeitet wird wie bisher, hoffen wir, daß bis zum nächsten Jahresbericht die Zahl der Leserinnen unserer „Gleichheit“ und der Mitglieder unseres Bildungsvereins sich verdreifacht, und daß die Ziffern nicht bloß einen äußeren Erfolg anzeigen, sondern auch bedeutend bessere Schulung. Der gute Wille ist da, in diesem Sinne zu arbeiten, und wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Minna Suchy.

Der rote Sonntag im Wahlkreis Essen. Überall in unserem Bezirk sind die Demonstrationsversammlungen glänzend und ohne Störung verlaufen. Die Behörden hatten eine gute Reklame dafür gemacht durch den Eifer, mit dem sie die Verbreitung der Flugblätter zu hindern suchten. Wo sie nur hofften, die „Gleichheit“ zu erschaffen, wurde gehäuselt. So auch in der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen

Partei, wo ganze 26 Exemplare von 85000 beschlagnahmt wurden, fürwahr ein glorreicher Erfolg der polizeilichen Liebesmüh. Unsere Genossen hatten es verstanden, die Flugblätter rechtzeitig unter die Massen zu bringen, und die Essener Genossinnen haben dabei nach Kräften geholfen. In Rüttenscheidt, Essen-West, Vorbeck, Caternberg, Roppenberg, Rotthausen, Bellinghausen, überall waren die Versammlungen sehr gut besucht, ja überfüllt. In Essen-Alttadt mußten in der „Vorussia“ zwei Versammlungen hintereinander stattfinden infolge des Andrangs. An den Versammlungen in Essen selbst haben die proletarischen Frauen in guter Zahl teilgenommen, auch in den ländlichen Orten haben Proletarierinnen mit demonstriert. Die aufgeklärten Frauen des arbeitenden Volkes wissen, daß der Kampf gegen die politische Geldherrschaft nicht bloß den Proletariern, sondern auch den Frauen Bürgerrecht erobern soll, und sie sind von der Erkenntnis durchdrungen, daß auch für sie das Wahlrecht eine Waffe ist, um die Lebensinteressen aller Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gegen alle Ausbeuter ebenfalls ohne Unterschied des Geschlechts zu verteidigen. Das haben ihnen Bergarbeiterstreik, Brotwucher und viele andere Ereignisse noch gelehrt, und das sagt ihnen täglich die Lebenserfahrung. Am roten Sonntag haben die Arbeitermassen im Wahlkreis Essen bekundet, daß sie nicht eher ruhen noch rasten werden, bis das allgemeine Wahlrecht erobert ist. Die Machenschaften unserer Gegner, besonders der schwarzen Zentrums- und spornen unserer Eifer nur an. Es beginnt in allen Ecken des Wahlkreises unter der werktätigen Bevölkerung zu tagen. Und die verlogenen Flugblätter mit der Überschrift: „Die Sozialdemokratie als billiger Jakob“ verfassen nicht mehr, sie machen nur auf die Sozialdemokratie aufmerksam. Der Partei des arbeitenden Volkes gehört die Zukunft. W. D.

Russische Praxis in Preußen. Aus Bromberg wird uns geschrieben: Wenn man hört, wie Frauen, die den Mut hatten, sozialdemokratische Flugblätter gegen das „elendeste und widersinnigste aller Wahlsysteme“ zu verbreiten, von der Polizei behandelt worden sind, glaubt man sich nach Rußland unter die Herrschaft der Knete versetzt. Am Sonnabend den 20. Januar wurde das Flugblatt zur Verteilung gebracht: „An das preußische Volk“. Unter den Verbreitern befanden sich auch einige Frauen. Der Polizei, die in der letzten Woche fast jeden Tag umfangreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen hatte, war es nicht gelungen, auch nur ein einziges der „staatsverbrecherischen“ Blätter zu erschaffen. Der Ärger darüber scheint sich zu der russischen Behandlung verdichtet zu haben, welche die Verbreiter des Flugblatts seitens etlicher Polizeibeamten erfuhren. Zunächst war Genosse Nachtigall wegen Verbreitung der Flugblätter inhaftiert worden. Nach einiger Zeit wurden noch ein Genosse und zwei Frauen wegen des nämlichen „Verbrechens“ zur Wache geschleppt. Die vier Missetäter wurden einem peinlichen Verhör unterworfen und dann in das Polizeigefängnis überführt, trotzdem alle vier in Bromberg festen Wohnsitz haben und verheiratet sind. Eine der Frauen leidet an Krämpfen und hat deshalb bei ihrer Ankunft im Polizeigefängnis um Bewährung der Doppelhaft. Der in Betracht kommende Beamte schrieb daraufhin der schwächlichen Frau unter Hinzufügen einiger Kosenamen zu, sie solle sich ruhig verhalten. Die Inhaftierte verlangte aber nochmals, nicht allein gelassen zu werden, und wies dabei auf ihr ärztlicherseits konstatiertes Leiden hin. Als Antwort hierauf erschien der Beamte mit den Fesseln in der Hand, griff die Frau tödlich an, seffelte ihr die Hände auf dem Rücken und schloß sie an einen auf der Diele angebrachten eisernen Ring. Außerdem schlang er eine eiserne Kette um das rechte Bein der Gefesselten und befestigte dieselbe an einem zweiten auf der Diele befindlichen Ringe, so daß das Opfer dieser Behandlung unbeweglich in der aufgezungenen Haltung ausharren mußte. Nach etwa einer Stunde wurde die Frau vom Beamten aus ihrer Lage befreit. Ihre Schmerzensrufe, welche durch das Gefängnis hallten und den anderen Inhaftierten den Schlaf raubten, mochten ihn dazu veranlaßt haben. Am Sonntag gegen 11½ Uhr wurden die vier „Missetäter“ vom Polizeigefängnis in das Untersuchungsgefängnis transportiert. Die beiden Frauen, mit einer starken Schnur an je einer Hand fest aneinandergefloppelt, bildeten die Spitze des Zuges. Die Genossen, mit „eisernen Armbändern“ geschmückt, gingen hinterdrein. Die vier Gefesselten wurden von einem starken Schutzmannaufgebot begleitet, eine hundertköpfige Menschenmenge folgte. Das geschah um dieselbe Zeit, in der die aufgeklärten Proletarier Brombergs sich in die Protestversammlung gegen das Geldsackparlament begaben. Es kann daher nicht schwer fallen, die Absicht des empörenden Zuges zu ergründen. Dank der Disziplin der Arbeiterklasse hat sich trotz der herausfordernden Haltung der Polizei nicht der geringste Zwischenfall ereignet. Wohl aber leuchtete aus den Augen der Vorübergehenden Empörung und Haß ob der Brutalität. Erst Montag mittag hat sich die Polizei veranlaßt gefühlt, die russisch traktierten Arbeiter und Arbeiterinnen in Freiheit zu setzen. Abwärts erfährt die heilige Hermandad bei ihrem Kampfe gegen die Klassenbewußten Proletarier ebenfalls ganz nach russischem Muster Unterstützung durch die „Schwarze Rote“. Am Sonnabend vor dem 21. Januar erschienen auf der Polizeiwache drei Anhänger der christlichen Organisation, welche die Polizei aufforderten, gegen die Verbreitung von Flugblättern in Schwedenhöhe (ein Vorort von Bromberg) einzuschreiten. Ihr Verlangen fand williges Gehör. Auch der christliche Arbeitersekretär Krug tauchte auf, nach dem Polizeieinspektor rufend. Kann es eine schmachvollere Rolle geben als die von Demunzianten, welche ihren Brüdern und Schwestern im Kampfe um ein unentbehrliches Recht in den

Rücken fallen! Die Kuhnieser des Dreiklassenwahlrechtes machen alle reaktionären Mächte mobil, um den Ansturm der ausgebeuteten und unterdrückten Massen gegen die Geldsackherrschaft zu schwächen. Aber ihre insamen russischen Rücken und Rücken werden die Männer und Frauen nicht schrecken, die in klarer Erkenntnis gegen jede politische Achtung und Knechtung für volles Bürgerrecht kämpfen. II.

Die Behörden im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. Die großen Wahlrechtsdemonstrationen des Proletariats in Nord- und Mitteldeutschland haben den staatsretterischen Eifer der Behörden wieder einmal zur Weißgluthitze entfacht. Was natürlicher da, als daß auch die kämpfenden Proletarierinnen reichlich Gelegenheit bekamen, über Polizeiallmacht und Polizeiveweiheit nachzudenken. Wozu gäbe es in Preußen und anderen deutschen Vaterländern ein Vereins- und Versammlungsrecht, das reaktionär bis auf die Knochen ist und von dienstwilligen Hütern des Gesetzes erst recht reaktionär gehandhabt werden kann. In Dahme zum Beispiel wurde den Frauen die Beteiligung an der Versammlung vom 21. Januar verboten. In anderen Orten noch geschah das gleiche. Ganz besonders ließen sich die Behörden in Erfurt angelegen sein, die Frauen an der Befreiung ihres Willens zu hindern. Wie in vielen Orten, so hatten auch in Erfurt die Genossinnen in dem sozialdemokratischen Parteiorgan, der „Tribüne“, die Frauen an ihre Pflicht erinnert, zahlreich zur Protestversammlung zu erscheinen. Daraufhin wurde die Versammlung kurzerhand unter Hinweis auf diese Aufforderung wegen der eventuellen Anwesenheit der Frauen verboten. In der Verfügung hieß es jedoch, daß das Verbot zurückgenommen werde, wenn der Nachweis erbracht würde, „daß durch öffentliche Bekanntheit in ausreichender Weise für die Fernhaltung von Frauen gesorgt sei“. Um die einzige Versammlung nicht vereiteln zu lassen, gingen die Genossinnen auf die Bedingung ein. Auf daß die Frauen zu ihrem Rechte als Fordernde und Kämpfende kamen, ward eine besondere Frauenversammlung einberufen. Die Polizei beeilte sich, dieselbe sofort zu verbieten. Das Vorgehen der Behörden hat die größte Empörung, zumal unter den benachteiligten Frauen hervorgerufen. Ihre Nachwächtertätigkeit hat wieder einmal das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bezwecken sollte. Statt dem Kampfe Abbruch zu tun, hat sie ihn gefördert, hat sie ihm neue Kämpfer und Kämpferinnen zugeführt. „Es leben unsere Freunde, die Feinde!“

Eine gute Beteiligung der Arbeiterinnen an den Vertreterwahlen der Arbeitnehmer zur Ortskrankenkasse in Gmünd ist zu verzeichnen. Und zwar haben dabei, wie in Barmen, die Stimmen der Arbeiterinnen zu der Majorität beigetragen, mit welcher die Kandidaten der freien Gewerkschaften über die Kandidaten der Christlichen siegten. 204 Arbeiterinnen wählten die ersteren, 183 die letzteren. Diese Wahlbeteiligung und Entscheidung der Arbeiterinnen verdient um so mehr Beachtung, als der Wahlkreis Gmünd noch zu den Zentrumsdomänen in Württemberg gehört und auch bei den städtischen Proletariern leider noch vielfach Schwarz Trumpf ist. Auf die Arbeiterinnen hat es aufrüttelnd und belehrend gewirkt, daß unter der Herrschaft der christlichen Arbeitervertreter seitens der Verwaltung mehr der engherzige Klassenvorteil als das Interesse der Mitglieder gewahrt wurde. Darunter hatten besonders mit den jüngeren die weiblichen Mitglieder zu leiden, weil diese bedauerlicherweise nicht immer mit den gesetzlichen Bestimmungen gut genug vertraut sind, um ihre Rechte wahren zu können. Bei Schwangerschaften erfuhren das ledige Arbeiterinnen mehr als einmal. Die Schwangerschaftsunterstützung scheint bei den Wahlen eine Rolle gespielt zu haben; ein Christlicher wies zum Beispiel den Wahlvorschlag der Gewerkschaften mit der Bemerkung jurid: „Verhaltet nur eure Huren selbst.“ Galt christliche Milde im Geiste des Nazareners, der sogar für die Ehebrecherin Partei mit den Worten ergriff: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie.“ Die Gmünder Arbeiterinnen werden aus der Beschimpfung die rechte Lehre ziehen. Sie müssen ihren Einfluß brauchen, um ihren Interessen bei der Ortskrankenkasse Geltung zu verschaffen, sie müssen sich immer zahlreicher und fester an die Gewerkschaften anschließen, welche auch auf dem Gebiet der Krankenversicherung für sie eintreten und sie vor allem dazu erziehen, selbst ihre Interessen verteidigen zu können.

Etwas von Not und Kampf sächsischer Textilarbeiter.

In Callenberg-Dichtenstein wohnen etwa 1800 Textilarbeiter und -arbeiterinnen, die überwiegend als Heimarbeiter baumwollene bunte Tischtücher und Bettdecken weben. Wochenlöhne von 12 bis 14 M. gehören zu den besseren und werden im allgemeinen nur erzielt, wenn alle Glieder der Familie schuften und schanzten, die Kinder inbegriffen. Das Kinderschutzgesetz steht für die heimarbeitende Weberbevölkerung der Orte auf dem Papier. Von dem Lohne, an dem Entbehrungen, Überanstrengungen und Tränen hängen, muß mindestens ein Viertel für Vorarbeiten abgerechnet werden. Man stelle sich vor, was davon für den Lebensunterhalt der Familie bleibt! Im Laufe der letzten Zeit sind in den prächtig gelegenen Orten einige Fabriken entstanden, aber eine Aufbesserung der Löhne ist in der Folge nicht eingetreten. Die Arbeiterinnen erhalten einen Anfangslohn von 3 bis 4 M. pro Woche, männliche Arbeiter einen solchen von 4 bis 5 M.

In schreiendem Gegensatz zu dem schlechten Verdienst stehen Mieten und Lebensmittel hoch im Preise. Trotz der guten Ernte kostete der Zentner Kartoffeln im Herbst schon 2,50 M., und eine weitere Preissteigerung steht zu befürchten, weil die Grobbauern ihre Ware zurückhalten, um sie später

teurer verkaufen zu können. Die schlechtesten Stücke Fleisch, wie nur die Proletarier sie kaufen, müßten bisher pro Pfund bezahlt werden: Rindfleisch 80 Pf., Kalbfleisch 85 Pf., Schöpfenfleisch 80 Pf., Schweinefleisch 95 Pf. Die Preise steigen fortgesetzt. Das trifft auch für das Brot zu. 8 Kilo Brot kommen 75 Pf., und eine weitere Preissteigerung steht in Aussicht. Die Arbeiterfrauen wissen nicht mehr, wie sie das Wunder verrichten sollen, den ihrigen sättigenden Mahlzeiten auf den Tisch zu stellen. Das Elend der ledigen Arbeiterinnen und Arbeiter ist groß.

Not lehrt früher beten, Not lehrt heutigentags die Ausbeuteten denken. Die Sklaven des Kapitals in Callenberg-Lichtenstein begannen einzusehen, daß sie die Aufklärung und den Zusammenschluß in einer Organisation wie des lieben Brotes bedürfen. Buchstäblich! Ist es denn nicht die Organisation, welche den Proletariern mehr Brot und besseres Brot erkämpft? So traten denn auch in der Zieroldschen Fabrik in Callenberg, wo die Arbeitsbedingungen förmlich nach einer Verbesserung schreien, die Arbeiter und Arbeiterinnen bis auf wenige dem Textilarbeiterverband bei. Ein frei gewählter Fabrik-Ausschuß von neun Mitgliedern sollte ihre Interessen der Firma gegenüber vertreten. Diese Entwicklung der Dinge weckte in dem guten Herzen des Herrn Zierold den Wunsch, „etwas für seine Arbeiter zu tun“. Natürlich ein „Etwas“, das sich mit dem kapitalistischen Profitbegehren verträgt. Am 20. Dezember eröffnete Herr Zierold dem Arbeiterausschuß, daß er sich verpflichten wolle, zu Weihnachten eine Stiftung von 3000 Mk. zu errichten, von deren Zinsen die Arbeiter und Arbeiterinnen seines Betriebes bei Krankheiten unterstützt werden würden. Der Stiftungsfonds solle erhöht werden durch wöchentliche Beiträge von 10 Pf. seitens der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst und durch einen gleich hohen Wochenbeitrag, den die Firma für jeden beschäftigten Arbeiter, jede Arbeiterin entrichten wollte. Welche Großmut! Ohne hohe Mathematik studiert zu haben, konnten die Arbeiter und Arbeiterinnen nachrechnen, daß im Falle der Bedürftigkeit die Stiftung ihnen nicht mehr als Bettelpfennige zuwenden könnte. Der Köder war also mager und wenig verlockend genug. Es steckte aber obendrein ein böser Haken in ihm, auf den Herr Zierold selbst hinwies. Die Stiftung sollte nämlich nur unter der Bedingung ins Leben treten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Textilarbeiterverband fahnenflüchtig würden. Es ward ihnen zugemutet, für weniger als ein Vinsengericht ihr Koalitionsrecht zu verschachern, das heißt die Möglichkeit, sich durch die Macht des Verbandes höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit, mit einem Worte Verbesserungen ihrer Lage zu erringen, die wertvoller sind als alle Stiftungszinsen, gegen die sich aber Herr Zierold stemmt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dankten daher für — Obst. Was sie verlangen, ist, daß ihrer „Bedürftigkeit“, die sie nicht bloß im Krankheitsfall spüren, sondern tagtäglich, durch verbesserte Arbeitsbedingungen gesteuert werde. Der Lohn der Weber ist so kärglich, daß es wie ein Spott auf ihre Leistungen und Bedürfnisse erscheint. Der schmale Verdienst der Spulerinnen ist in den letzten Monaten durch die Verschlechterung des Materials um zirka 25 Prozent gekürzt worden. Die Behandlung der Arbeiterinnen, insbesondere durch den einen Meister, ist nicht durch die Lehren Knigges über den Umgang mit Menschen angefränkt, aber von einer Hebung der Arbeitsverhältnisse will der Fabrikant nichts wissen. Es kam daher Ende Januar zum Ausstand. Herr Zierold pocht auf seinen Geldsack, lehnt jede Verständigung mit den Ausständigen ab und heßt den Hund auf die Streikposten. Ein Gemütsmensch, wie man sieht! Er will eben „Herr sein in seinem Hause“ und allein die Bedingungen diktiert, unter denen die Arbeiter und Arbeiterinnen fronden sollen. Hoffentlich gelingt es festem Zusammenhalten und treuem Solidaritätsgefühl, dem prozigen Fabrikanten Zugeständnisse abzuwingen. Die Vorkommnisse der letzten Zeit haben der Textilarbeiter-Schaft von Callenberg-Lichtenstein recht augenscheinlich die Notwendigkeit der Organisation zum Bewußtsein geführt. Und die gewonnene Erkenntnis muß sich in die Tat umsetzen. Der Textilarbeiterverband muß immer mehr und immer treuere Mitglieder finden, Mitglieder, die unerschütterlich daran festhalten, daß es gilt, durch den Kampf gegen die Geldsackmacht Arbeiterrecht, Menschenrecht zu verteidigen und zu erobern.

A. H.

Politische Rundschau.

Die englischen Wahlen sind so ziemlich beendet. Das Gesamtergebnis wenigstens steht fest in bezug auf die politische Physiognomie der neuen Volksvertretung. Da ist nun vor allem festzustellen, daß seit etwa 70 Jahren nicht ein so gewaltiger Umschwung in England vorgekommen ist. Die Konservativen oder, wie sie sich jetzt lieber nennen, die Unionisten, haben eine zerschmetternde Niederlage erlitten. Von einer starken Mehrheit sind sie auf eine schwache Minderheit zusammengeschrunken. An ihrer Stelle hat die andere große Partei Englands, die liberale Partei, die nämlich überwiegende Mehrheit über alle anderen Parteien erlangt, die früher die Unionisten in Händen hatten. Symbolisch für die Niederlage der Unionisten ist es, daß selbst der frühere Premierminister Balfour in seinem Wahlkreis durchgefallen ist. Ebenso ist es anderen unionistischen Führern ergangen. Ein schwacher Trost ist es für die Unionisten, daß wenigstens Herr Josef Chamberlain sein Mandat gerettet hat. Darin prägt sich allerdings die andere Tatsache aus, daß die Führung innerhalb der unionistischen Partei, wenn nicht formell, so doch tatsächlich den Schutzblütern zufallen wird. In handelspolitischer Hinsicht zerfällt nämlich die unionistische Partei in drei Richtungen: einer schwachen freihändlerischen

Gruppe steht eine starke schutzblünerische unter Führung Chamberlains gegenüber. Chamberlain betrieb seine schutzblünerische Agitation, abgesehen von den überall üblichen Argumenten vom „Schutz der nationalen Arbeit“, hauptsächlich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die Kolonien durch ein Zollbündnis mit dem Mutterland staatlich enger zu verbinden. Zwischen diesen beiden wirtschaftlichen Gegenständen breitet sich der „Sumpf“ aus, dessen Hauptrepräsentant der entwurzelte Ministerpräsident Balfour ist. Soweit man politische Entwicklungen berechnen kann, wird die unionistische Partei, nachdem sie in die Opposition hineingebracht ist, versuchen, aus der energischen Propagierung der Chamberlainschen Wirtschaftspolitik neue Kraft zu saugen. Der „Sumpf“ wird mit oder ohne Balfour ins Chamberlainsche Lager abshwenken; die unionistischen Freihändler werden ins liberale Lager abgedrängt werden, wie das früher schon mit Herrn Winston Churchill der Fall gewesen ist, der jetzt in dem neuen liberalen Ministerium den Posten eines Unterstaatssekretärs erhalten hat.

Neben dem Eintreten für das Freihandelsprinzip hat die liberale Partei ihren großen Erfolg noch der Belämpfung der panzerhäutigen Treiberereien und kapitalistischen Raubpolitik der Balfour, Chamberlain und Lansdowne zu danken. Dies hat sich sofort zu der Absicht der steigenden Partei verdichtet, einige der schwersten Mißgriffe der unionistischen Partei in Südafrika wettzumachen. Es handelt sich um die Gewährung von Selbstverwaltungsrechten an die beiden unterjochten Burenstaaten, jetzt die Transvaalkolonie und Oranje-Freistaat, sowie die Befreiung des schmachtenden Zustandes der Kuliarbeit in den Goldbergwerken des Transvaals.

Weniger rasch bei der Hand sind die Liberalen mit Erklärungen über ihre künftige Politik sozialer Reformen. Dies Eintreten für soziale Reformen ist es aber gleichfalls gewesen, was ihnen die Segel geschwellt hat und in vielen Wahlkreisen den Ausschlag zu ihren Gunsten gab. Trotzdem darf man erwarten, daß das liberale Ministerium bald mit sozialen Reformen den Anfang machen wird. Die Leute wissen sehr gut, daß sie bei völligem Nichtstun auf diesem Gebiet sich sehr bald die Gefolgschaft derjenigen Gewerkschaftler verschmerzen würden, die jetzt noch nach der jahrzehntelangen Tradition als Anhängel der liberalen Partei an die Urne marschieren sind. Vor allem wird es sich um eine Sicherstellung des Gewerkschaftsrechtes handeln. Der Bestand der Gewerkschaften selbst war leihthin durch richterliche Urteile, zum Beispiel in dem Taff-Vale-Gesetz, völlig in Frage gestellt worden, indem die Gewerkschaften finanziell haszbar gemacht wurden für Schäden, die aus Streiks oder sonstigen wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter den Unternehmern erwachsen können. Wird jetzt nicht auch vom Gesetz derartigen richterlichen Entscheidungen der Boden entzogen, so würden die Handlanger des Unternehmertums in den Richteresseln die Möglichkeit haben, die Art an die Wurzeln der gewerkschaftlichen Selbstständigkeit zu legen. Die konservative Partei war für ein solches Gesetz nicht zu haben. Das hat auch bei den bisher konservativen und indifferenten Gewerkschaftlern den Ausschlag dafür gegeben, alles aufzubieten, um die unionistische Partei zu zertrümmern. Die liberale Partei wird im Selbsterhaltungstrieb suchen, durch Zufriedenstellung der rein gewerkschaftlichen Forderungen den Abfall der ihr noch anhängenden Arbeiter zu verhindern. Dabei wird sie natürlich mit dem Unternehmerinteresse in Konflikt kommen, das auch in der liberalen Partei die ausschlaggebende Macht ist. Der Giertan zwischen Arbeiterinteresse und Unternehmerinteresse wird in den nächsten Jahren das Kennzeichen der herrschenden liberalen Partei sein, wie es in Deutschland das Kennzeichen der zwar nicht herrschenden, aber doch ausschlaggebenden Zentrums-partei ist. Der Entwicklungsprozeß der liberalen Partei wird um so interessanter sein, als sie ganz für sich allein im Unterhaus die entscheidene Mehrheit hat und weder der Unterstützung der 84 irischen Nationalisten, noch der etwa 30 Mitglieder der Arbeiterpartei bedarf.

Der große Erfolg, den die Arbeiterpartei bei diesen Wahlen errungen hat, ist, wenn auch nicht für die nächste Zeit, so doch für die Zukunft die bedeutsamste Erscheinung bei dieser Wahl, bedeutamer noch als der Sieg der Liberalen. Außer den etwa 30 Mitgliedern der Arbeiterpartei sind noch etwa zwei Duzend andere „Arbeitervertreter“ gewählt, die indes wie die 18 Bergarbeiter sich der liberalen Partei anschließen werden. Die 30 dagegen sind Kandidaten, die aus der Organisation zur Schaffung einer Arbeitervertretung hervorgegangen sind, und die sich verpflichtet haben, als eine selbstständige Partei im Unterhaus sich zu konstituieren. Das ist der Anfang zu einer größeren sozialistischen Partei, allerdings noch nicht eine völlig ausgereifte sozialistische Partei selbst. Die Augen der internationalen Sozialdemokratie in aller Welt werden auf diese Partei gerichtet sein, um ihre Entwicklung zu verfolgen. Wir dürfen aber die Zuversicht hegen, daß sie wirklich sich zu einer sozialistischen Partei entwickeln wird. Die Verhältnisse drängen sie dazu. Sind doch auch in ihren Reihen Männer, von denen wir einen Rückfall in die Anschauungen der liberalen Partei nie und nimmer zu befürchten haben, wie Keir Hardie, der Führer der Independent Labour Party, und Will Thorne, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Den Kampf, den die bürgerliche Gesellschaft ihnen anbietet, haben die Mitglieder der englischen Arbeiterpartei nicht zu fürchten. Der Kampf wird sie stärken. Sie sind auch hoffentlich durch die Erfahrung ebenso wie durch ihre Studien theoretisch genug geschult, um nicht wieder der liberalen Begönnung zu erliegen. Deshalb Glückauf den englischen Genossen! G. L.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Im Vordergrund des proletarischen Interesses standen in den letzten Wochen politische Aktionen, die gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen in Preußen, Hamburg, Thüringen und Sachsen, die Sympathiekundgebungen für die russische Revolution in ganz Deutschland. Daneben traten für den Augenblick andere Lebensäußerungen des Proletariats in den Hintergrund.

Dennoch können die Gewerkschaften auch in diesen Tagen eine recht wirkungsvolle Demonstration verzeichnen, an der sie zwar nicht allein beteiligt, doch deren Hauptträger sie sind. Die freien Gewerkschaften haben zusammen mit einigen bürgerlichen Sozialpolitikern und mit Beteiligung christlicher und Pirsch-Dunderfischer Organisationen die Heimarbeit-ausstellung geschaffen. Sie soll die schreiendsten Mißstände, welche kapitalistische Ausbeutung in der Hausindustrie zeitigt, weiteren Bevölkerungskreisen anschaulicher vorführen, als Reden und Schriften es zu tun vermögen. An anderer Stelle wird ausführlicher über die Ausstellung berichtet, diese herzerregende Demonstration des Elends, dem deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen schutzlos und fast wehrlos preisgegeben sind. Hier soll ihrer nur der Vollständigkeit wegen als einer wichtigen gewerkschaftlichen Aktion Erwähnung geschehen.

Der Tabakarbeiterverband muß nach wie vor seine gegenwärtige Haupttätigkeit auf Demonstrationen gegen den geplanten Tabakzoll konzentrieren. In zahlreichen Versammlungen überall im Reich erheben die schwer bedrohten Tabakarbeiter Protest gegen die mörderischen Steuerpläne, und am 29. Januar ist eine vom Verband nach Berlin einberufene Konferenz zusammengetreten, um mit aller Entschiedenheit das Resümee der Lage zu ziehen.

Der Textilarbeiterverband hat außer einigen lokalen Ausständen den Kampf für den Zehnstundentag mit aller Energie weiterzuführen. Die erstrebte bescheidene Reform, zu der unsere bürgerlichen Gesetzgeber vor lauter Kapitalfürchtigen Bedenken nicht kommen, wir von den Unternehmern mit allen erdenklichen Mitteln belächeln. Erstarkt die Organisation jedoch weiter, wie im letzten Jahre, so wird sie bald die schneckenlangsame Gesetzgebung überholen und den Arbeiterinnen bringen, was der Staat ihnen vorenthält. Und zwar werden sie um so eher den Zehnstundentag erlangen, je mehr sie ihre Klassenlage erkennen und in Massen der Organisation beitreten. — Im Krefelder Bezirk bereiten sich recht ernsthafte Differenzen vor. Eine partielle Lohnbewegung in acht Zeugdruckereien soll zu einer größeren Aussperrung führen, wenn die Streikenden die geringen Zugeständnisse der Unternehmer nicht annehmen. Beim Niederschreiben dieser Zeilen sind wir vom Ausgang der Sache noch nicht unterrichtet; eventuell würden 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen von der Aussperrung betroffen werden. Es ist übrigens das zweite Mal, daß die Krefelder Textilmillionäre in der Weise „arbeiten“. Der Erfolg der angedrohten Brutalität würde nicht ausbleiben — für die Arbeiter. — Über die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung sollte laut Beschluß des letzten Verbandstags eine Urabstimmung entscheiden. Eine bereits vorgenommene statistische Erhebung zeigte wenig Interesse der Verbandsmitglieder für diese Frage, denn nur 20 Prozent der Mitglieder füllten die Karten aus. Bis zum 18. Februar soll nun die Urabstimmung stattfinden, die hoffentlich eine bessere Beteiligung aufweisen wird. Die Mitglieder werden sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, eine kleine Beitragserhöhung mit in den Kauf zu nehmen. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde ihnen und der Organisation gewiß sehr zum Nutzen reichen, das beweisen die Verhältnisse in den Organisationen, die diesen Unterstützungszweig bereits eingeführt haben. Eine Konferenz der bayerischen Textilarbeiter beleuchtete unter anderem scharf die Ausdehnung der Frauenarbeit in der Textilindustrie. Von etwa 48 000 Personen, welche die Textilindustrie im rechtsrheinischen Bayern beschäftigt, sind 30 000 Arbeiterinnen. Die Organisation zählt trotz sehr erfreulicher Fortschritte nur 4200 Mitglieder; es steht also ein riesiges Tätigkeitsfeld für die Agitation gerade auch unter den Arbeiterinnen offen!

Auf den großen Umfang der Frauenarbeit wurde ebenfalls auf dem Verbandstag der Schirmmacher hingewiesen. Neben 1000 Arbeitern sollen 5 bis 6000 Arbeiterinnen in der Branche beschäftigt werden. Ihr Verdienst wurde mit 10 Mk. wöchentlich angegeben. Die noch sehr junge Organisation, die am 1. Januar 1905 mit 150 Mitgliedern gegründet wurde, zählt 400 Mitglieder. Der Verbandstag beschloß eine Umänderung des Statuts, so daß der Organisation künftighin auch die Arbeiterinnen des Gewerbes angehören können. Weibliche Mitglieder sollen einen Beitrag von 10 Pf. pro Woche zahlen und ein Eintrittsgeld von 25 Pf. Der Beitrag der Arbeiter wurde von 25 auf 35 Pf. wöchentlich erhöht. Der Verband gewährt seinen Mitgliedern unentgeltlichen Rechtsschutz, Reiseunterstützung nach zwölfmonatiger Mitgliedschaft pro Tag von 50 Pf. bis zur Höhe von 18 Mk. im Jahre. Bei Streit, Aussperrung und Maßregelung erfolgt Unterstützung nach Maßgabe der Klassenverhältnisse, das Fachorgan wird gratis gewährt. Der Sitz des Verbandes ist in Düsseldorf.

Für den Posten eines dritten besoldeten Beamten der Justizstelle Berlin des Buchbinderverbandes kandidierten kürzlich auch zwei gewerkschaftlich tüchtige Arbeiterinnen. Obgleich von einer Seite darauf hingewiesen wurde, daß wegen der vielen weiblichen Mitglieder und der noch weit größeren Zahl indifferenten Arbeiterinnen des Buchbindergewerbes, die der Organisation zugeführt werden sollen, die Anstellung einer Beamtin recht nötig sei, entschied doch die Wahl gegen die beiden weiblichen Kandidaten. Wir bedauern, daß die

angeführten Gründe nicht stärker gewesen sind als das bei manchem Arbeiter noch vorhandene Vorurteil gegen die Heranziehung von Frauen zu Ämtern; denn da beide Bewerberinnen um den Posten gut geschulte Gewerkschaftlerinnen waren, ist das Vorurteil für den Wahlausfall mitentscheidend gewesen.

Nach den Aufstellungen einiger Organisationen darf mit Recht vermutet werden, daß die Gewerkschaftsorganisationen im verflossenen Jahre einen ganz gewaltigen Fortschritt gemacht haben; hoffentlich partizipieren die Arbeiterinnen in noch besserem Verhältnis daran als im Jahre 1904. Der Wäschearbeiterverband zeigt eine enorme Zunahme, er zählt zurzeit 7000 Mitglieder, der Mehrzahl nach Arbeiterinnen. #

Die Zentralagitationskommission der Bürsten- und Pinselmacher, deren Gründung von der Konferenz der genannten Arbeiterschaft beschlossen wurde, hat sich konstituiert. Die beauftragte Sektion Nürnberg wählte in die Körperschaft die Kollegen Dorn, Hühler, Sauer, Wallauer und die Kollegin Mateß. Die Kommission ihrerseits beauftragte Dorn, den eifrigen Kämpfer für wirksamen gesetzlichen Schutz gegen die Mißbrandgefahr, mit dem Voris, zweiter Vorsitzender ist Hühler, Schriftführer Wallauer. Alle Zuschriften an die Kommission sind zu richten an Konrad Dorn, Egdiensplatz 22. Die Zentralkommission hat ihre Tätigkeit bereits begonnen. Sie teilt mit, daß die seither bestehende Mißbrandkommission sich aufgelöst hat, und daß sie selbst laut Konferenzbeschluss deren Funktionen übernimmt. Sie schickt sich an, eine umfassende Agitation zur Organisierung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Bürsten- und Pinselmachergewerbes zu entfalten. Um diese Agitation recht einheitlich und planmäßig gestalten zu können, ersucht die Kommission um Übermittlung diesbezüglicher Wünsche und Anregungen, sowie der Adressen von Arbeitern der einzelnen Orte, mit denen Fühlung genommen werden kann. Die schlecht gelohnten, schwer unter ungesunden Bedingungen schuftenden Pinsel- und Bürstenarbeiterinnen haben ein großes Interesse an der Tätigkeit der Kommission und ihrem Erfolg. Je mehr es ihr gelingen wird, die Ausgebeuteten der beiden Berufe ihrer Organisation zuzuführen, dem Holzarbeiterverband, um so sicherer dürfen die Arbeiterinnen auf eine Erleichterung ihres harten Loses hoffen. Deshalb müssen sie, wie alle Genossinnen, welche für die Aufklärung und Organisierung der Arbeiterinnen wirken, die Tätigkeit der Kommission energisch unterstützen. Sie müssen ihr Material über die Lage der Bürsten- und Pinselarbeiterinnen zuführen, Fingerzeige geben über die zweckmäßigste Art der Agitation unter den Arbeiterinnen, sie auf geeignete Personen aufmerksam machen, welche die Agitation fördern, als Zwischenglieder und Vermittler zwischen der Kommission und den Arbeiterinnen dienen können, sich zu Versammlungen und Fabrikbesprechungen zur Verfügung stellen usw. Der Kommission gehört eine gewerkschaftlich geschulte Arbeiterin als Mitglied an, ein Beweis dafür, daß die Frauen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen willkommen sind, und daß Anregungen ihrerseits ein williges Ohr finden werden. Das muß die Arbeiterinnen der beiden Berufe wie alle Genossinnen aneignen, sich als gleichverpflichtet zu fühlen und ihr Bestes für die Organisierung der Arbeiterinnengruppen zu leisten, deren hilfsbedürftige Lage den Schutz des Verbandes dringend nötig macht.

Der sechste ordentliche Verbandstag der Holzarbeiter wird am 20. Mai in Köln a. Rh. zusammentreten. Die Zahlstellen werden vom Vorstand aufgefördert, die Vorbereitungen zu der Delegiertenwahl zu treffen und sich mit der Beratung von Anträgen zum Verbandstag zu beschäftigen, die sechs Wochen vor dem Zusammentritt desselben im Verbandsorgan veröffentlicht werden müssen. Alle Anträge müssen bis zum 19. März an den Vorstand eingekommen sein. Die weiblichen Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sollten durch rege Beteiligung an den Beratungen und Vorarbeiten zum Verbandstag bekunden, daß sie erkennen, wie wichtig derselbe für die Arbeiterinnen ist. Sie müssen die Gelegenheit benutzen, um zu immer regerer Agitation unter den Arbeiterinnen anzuspornen und auf Mittel und Wege hinzuweisen, die weiblichen Mitglieder an den Verband zu fesseln und durch ihn zu schulen.

Notizenteil.

Frauenstimmrecht.

Eine umfangreiche und bedenkliche Kundgebung für das allgemeine Frauenstimmrecht, wie wir sie in Deutschland noch nicht erlebt haben, ja wie sie ihresgleichen sucht, ist die Demonstration des Klassenbewußten Proletariats für das allgemeine Wahlrecht in Preußen, Hamburg, Sachsen und vielen anderen mitteldeutschen Bundesstaaten gewesen. In Hunderten und aber Hunderten von Versammlungen, in denen ungezählte Scharen Proletarier ihren unerschütterlichen Willen bekundeten, die politische Alleinherrschaft des Kraut- und Schlotjunktums zu brechen, wurde mit dem Männerwahlrecht auch das Frauenwahlrecht gefordert. Das Proletariat führt seinen Kampf um die Demokratisierung des Wahlrechtes als einen Kampf für das Bürgerrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechtes. Die Forderung des Frauenwahlrechtes ist in Flugblättern und Resolutionen, wie in der Parteipresse und von den Versammlungsrednern erhoben und begründet worden.

Die Aufrufe zu den Demonstrationen betonten, daß der Kampf auch der Eroberung des Frauenwahlrechtes gelte; sie mahnten die proletarischen Frauen an ihre Pflicht, für ihr eigenes Recht und das ihrer Klasse in Reich und Glied der Streiter zu treten, und allort haben die zum Bewußtsein

ihrer Klassen- und Geschlechtslage erwachten Proletarierinnen durch ihre Beteiligung an den Demonstrationen ihre politische Reife bekundet. Es versteht sich am Rande, daß die Trägerinnen und Vorkämpferinnen der proletarischen Frauenbewegung der allgemeinen wie der besonderen Aufgabe des Augenblicks gegenüber ihre Schuldigkeit getan haben, in Rede und Schrift, als Flugblattverbreiterinnen, wie bei der organisatorisch vorbereitenden Kleinarbeit haben sie ihr Bestes geleistet, um die proletarischen Massen über die Bedeutung des eingeleiteten Kampfes aufzuklären und Frauen und Männer zu gemeinsamem Ringen um gemeinsame Ziele und gegen den gemeinsamen Feind zu mobilisieren. In einer Zahl wie noch nie haben darum die Proletarierinnen an den Demonstrationen teilgenommen. Kaum in einem abgelegenen Orte dürften nicht wenigstens einige Frauen der Versammlung beigewohnt haben, und zwar nicht als Mitläuferinnen, sondern als bewußte Mitkämpferinnen. Die Beteiligung der Proletarierinnen ist um so beachtenswerter, als sehr viele der Demonstrationsversammlungen Sonntagvormittag stattfanden, also zu einer Zeit, wo die Arbeiterfrau besonders durch die hausmütterlichen Obliegenheiten in Anspruch genommen wird. Infolge davon haben gerade zahlreiche Frauen keinen Einlaß mehr in die überfüllten Versammlungen gefunden. Sie hatten nicht, den Männern gleich, stundenlang vor der Eröffnung derselben zu kommen vermocht und fanden die Lokale abgesperrt. Die Forderung des Frauenwahlrechtes ist in Deutschland noch nie in so breite Massen getragen, von so breiten Massen unzweideutig erhoben worden, wie in den gegenwärtigen Wahlrechtskämpfen des Proletariats. Dieser Erfolg rechtfertigt durchaus die bürgerlicherseits bemäkelte Taktik der Genossinnen auf dem Dresdener Parteitag, den Kampf für das Frauenwahlrecht mit dem allgemeinen proletarischen Kampf für die Demokratisierung des Wahlrechtes zu verquickern und eine Sonderaktion für das Frauenstimmrecht allein abzulehnen. Diese Taktik hat dem Ringen um die Eroberung der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes die breitesten und festesten Basis, die größte Wucht, die zahlreichsten Kämpferscharen gegeben. Noch hat der Sturmlauf des Proletariats gegen politische Achtung und Knechtung erst begonnen. Heiß und mit zäher Ausdauer wird es kämpfen müssen, bis über die zertrümmerten politischen Zwingburgen der Selbstspartanente seine siegreiche Fahne weht. Daß diese dann auch die Eroberung des Frauenwahlrechtes fänden möge, das hängt besonders mit von den Genossinnen ab. Ohne irgendwie die allgemeinen proletarischen Kampfziele des Momentes aus den Augen zu verlieren, ohne irgendwie im Ringen für sie zu erlahmen, müssen sie mit aller Wucht für das Frauenwahlrecht weiter kämpfen, müssen sie wieder und wieder diese Forderung neben die übrigen proletarischen Postulate zu gebührender Geltung bringen; müssen sie die breitesten Massen der proletarischen Frauen und Männer mit der Überzeugung erfüllen, daß die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes eine soziale Lebensnotwendigkeit für die Frauen, ein unschätzbares Mittel zur Sammlung und Schulung größerer Kämpferscharen für das Proletariat ist. Kurz, innerhalb des allgemeinen Kampfes für die volle politische Demokratie fällt den Genossinnen betreffs der Forderung des Frauenwahlrechtes die Rolle der treibenden Kräfte zu. Wie bisher werden sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen, unbeirrt durch das verleumderische Gezeter bürgerlicher Frauenrechtlerinnen, geleitet von der Überzeugung, daß die entscheidenden Schlachten für die politische Gleichberechtigung wie für die volle Emanzipation des gesamten weiblichen Geschlechtes von den Massen des Proletariats, Frauen wie Männern, im Kampfe gegen die besitzenden und herrschenden Klassen geschlagen werden.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens.

Über die Frauenarbeit in der Holzindustrie enthält der Bericht der preussischen Gewerbeinspektion für 1904 beachtenswerte Mitteilungen. Aus ihnen geht vor allem hervor, daß, wie in anderen industriellen Erwerbsgebieten, so auch in der Holzindustrie die Frauenarbeit einen immer größeren Umfang annimmt. Nach den Berichten waren im Jahre 1904 in 12379 Fabriken, Bürsten- und Pinselmachereien 180160 Arbeiter beschäftigt, darunter 9693 erwachsene Arbeiterinnen. Besonders groß ist verhältnismäßig die Zahl der weiblichen Arbeiter in der Bürsten- und Pinselindustrie. Hier kommen auf 2087 erwachsene männliche Arbeiter 1077 erwachsene Arbeiterinnen, auf 276 männliche Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren 128 weibliche. Das Bürstenmachergewerbe ist in den meisten Gegenden Deutschlands vom Großkapital fast vollständig aufgefressen worden. Maschinen werden mehr und mehr verwendet, weitgehende Teilarbeit ist durchgeführt, an die Stelle gelernter Arbeiter treten immer häufiger Arbeiterinnen, weil diese billiger und damit profitreichere Ausbeutungsobjekte sind.

Nur 7001 von den vorhandenen inspektionspflichtigen 12379 Betrieben wurden revidiert. Die Aussicht, mit einer Revision verschont zu bleiben, reizt die Unternehmer geradezu an, auf die Arbeiterschutzbestimmungen zu pfeifen. Sehr oft ist es nur einem Zufall zu verdanken, daß grobe Mißstände an den Tag kommen. Die Arbeiterinnen werden durch die Gesetzesübertretungen besonders benachteiligt. Diese traurige Tatsache wird dadurch illustriert, daß nach den Berichten Frauen vielfach Arbeiten verrichten, die für ihren Organismus sehr schädlich sind. Als solche nennt der Bericht für den Regierungsbezirk Merseburg in den Rammfabriken das Schleifen und Polieren der Rämme und Schmucknadeln aus Horn, Schildpatt und Zelluloid, da die Arbeiterinnen trotz der vorhandenen Absaugvorrichtungen zu sehr dem Staube aus-

gesetzt sind. Aus dem gleichen Grunde wirkt auch das Abschleifen von Holzteilen auf Sandpapierscheiben oder -trommeln in Kinderwagenfabriken gesundheitschädlich. Die Beschäftigung an den schnelllaufenden Maschinen mit den gefährlichen Transmissionen und Wellen ist außerdem für Frauen wegen der ungewöhnlichen Kleidung besonders gefährlich.

Ärzte, Hygieniker und Sozialpolitiker sind seit langem darüber einig, daß der gesetzlich festgelegte Stundentag viel zu lang ist, wenn die Arbeiterin als Mensch, als Weib und Mutter leben, ihre Gesundheit bewahren, ihr Bildungsbedürfnis befriedigen soll. Man müßte daher meinen, daß die entscheidenden Instanzen wenigstens mit aller Energie darauf sähren, daß dieser allzu lange Arbeitstag nicht noch überschritten würde; dies aber besonders in der Holzindustrie, wo die Beschäftigungen vielfach die Gesundheit der Arbeiterinnen bedrohen. Doch weit gefehlt! Einer Stuhlfabrik in Westpreußen wurde zum Beispiel gestattet, ihre 39 Arbeiterinnen an 37 Tagen mit Ausnahme des Sonnabends zwölf Stunden täglich zu beschäftigen. Als Grund für dieses weitgehende Entgegenkommen wurde angeführt, daß infolge der Umzüge im Frühjahr die Nachfrage besonders groß sei und daß im Herbst ein großer Teil der Arbeiterinnen der Ernte wegen aussehe, was besonders den Betrieb der Poliererei störe. Auf Vorrat könne aber in der Fabrik nur in beschränktem Maße gearbeitet werden, weil es an Raum mangle. — Diese Gründe sind wenig stichhaltig. Ohne besondere „Bösartigkeit“ des Gemüts lieft man aus ihnen heraus, daß auf den Profit der Unternehmer mehr Rücksicht genommen wird, als auf den Schutz der Arbeiterinnen.

Die Löhne der Arbeiterinnen sind in der Holzindustrie im allgemeinen und in der Bürstenindustrie im besonderen recht niedrig, nicht selten wahre Hungerlöhne. Schuld daran tragen die Arbeiterinnen zum Teil selbst. Sie bleiben ihrer Gewerkschaft, dem Holzarbeiterverband, fern, und ihre Gleichgültigkeit und Uneinigkeit ermöglichen es den Unternehmern, ihre Profitwut auf Kosten der ausgebeuteten Frauen und Mädchen zu befriedigen. Um höheren Verdienst wie die strikte Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften zu erringen, dazu bedürfen die Arbeiterinnen der Macht ihrer Gewerkschaft. Sich zu organisieren ist daher die Pflicht einer jeden Arbeiterin der Holzindustrie. Ihr Recht wird keiner freiwillig gewährt, sie muß es sich erkämpfen. Erst die Organisation hebt durch die Macht der Gemeinschaft auch die schwache Arbeiterin zu einer menschenwürdigen Existenz empor.

Soziale Gesetzgebung.

Forderung der organisierten Bürsten- und Pinselarbeiter zum Schutze der Heimarbeit. Die Konferenz der Bürsten- und Pinselarbeiter, von der wir in Nr. 1 berichteten, hat in der Frage der Heimarbeit folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz fordert die Schaffung eines Heimarbeiterschutzgesetzes auf folgender Grundlage:

1. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Heimindustrie, insbesondere dahingehend, daß dieselben hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sind, weder zum Wohnen, Schlafen oder Kochen benutzt werden dürfen.
2. Unterstellung der Heimarbeitstätten unter die Kontrolle der Gewerbeinspektion und deren Hilfsorgane.
3. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten behaftet sind.
4. Ausdehnung sämtlicher Versicherungsgesetze, ferner die Bestimmungen der Mißbrandverordnung auf die gesamte Haus- und Heimarbeit.
5. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattarbeiter und -arbeiterinnen.
6. Kennzeichnung der in der Heimindustrie hergestellten Waren durch ein an sichtbarer Stelle aufgeklebtes Etikett, welches die Aufschrift „Heimarbeit“ trägt, und welches erst entfernt werden darf, wenn die Ware in den Besitz des letzten Käufers übergegangen ist.
7. Für die Heimarbeit mindestens die gleiche Bezahlung wie für Fabrikarbeit.
8. Verhängung wirksamer Strafen wegen Übertretung der gesetzlichen Bestimmungen, für deren Einhaltung der Unternehmer in erster Linie verantwortlich ist.“

Die gesetzliche Einführung des Achtstundentags als regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis in Industrie, Handels- und Verkehrswezen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Übergangsvorschriften hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion neuerlich in einem Antrag gefordert, ebenso die Freigabe des Sonnabendnachmittags. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens acht Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28° Celsius übersteigt, von längstens sechs Stunden zugelassen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat weiter drei Anträge zum Schutze der Bergarbeiter eingebracht. Sie fordert für sie ein Reichsberggesetz, die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen Bergwerksbesitzern und Bergleuten; entsprechende Änderungen der Gewerbeordnung; die Regelung des Knappschaftswesens. Noch andere sozialpolitische Anträge ihrerseits gelten: der Änderung des Krankenversicherungsgesetzes; dem Schutze der Arbeiter im Baugewerbe; der Schaffung von Schiedsgerichten für ländliche Arbeiter und Dienstboten; der Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeitgebern und den Dienstboten und ihren Arbeitgebern; der Regelung des Wohnungswesens.

— Mene Telcel. —

Von Emanuel Geibel.

Hei, wie die Tafeln sind geschmückt,
Wie klar die Kerzen erglommen!
Der fängt und lacht und Rosen pflückt,
Der ist zum Fest willkommen.
Musik erklingt den Saal herauf,
Schöne Mädchen warten auf
In leichten, losen Gewanden.

Sie tanzen um das goldene Kalb,
Sie fallen ihm gar zu Füßen,
Sie rufen: eh' das Laub wird falb,
Giß du die Lust uns büßen!
Überschäumt im Kelch der Wein —
Ich drücke mich stumm in den Winkel hinein.
Mir schaudert das Herz im Leibe.

Mir ist's, durchsichtig wird die Wand,
Und draußen dicht und dichter
Da drängen sich bei Fackelbrand
Viel tausend Hungergestichter:
Durchs Gewühl mit ries'gem Leib
Herschreitet kampfgeschürzt ein Weib,
Sie trägt blutrot eine Mütze.

Und sieh, der Boden wird zu Glas,
Und drunten seh' ich sitzen
Den Tod mit Augen hohl und graß
Und mit der Sense blitzen;
Särg' auf Särgen rings getürmt —
Doch drüberhin wie rasend stürmt
Der Tanz mit Pfeifen und Geigen.

Sie haben Augen und sehen's nicht,
Sie prassen fort und lachen,
Sie hören's nicht, wie zum Gericht
Schon Ball' und Säule krachen;
Lauter jauchzt der Geige Ton —
Ihr Männer, ihr Weiber von Babylon,
Mene, Telcel, Uparasin!

Der heilige Ochse oder Triumph der Lüge.

Von August Strindberg.*

Im Lande der Pharaonen, wo das Brot so teuer war und es Religion in so unerhörter Menge gab, wo alles heilig war, nur die Steuerzahler nicht, wo der heilige Mistkäfer seine heiligen Dreckklugeln zusammenrollte unter dem heiligen Schutze der heiligen Religion, da stand ein junger Fellah eines schönen Tages, als der heilige Nil seinen geheiligten Schlamm am Fuße der wehenden Palmenbäume abgesetzt hatte, und sah der freudvollen Verrichtung zu, durch die der Stier Alexander im Begriff war, sein Geschlecht fortzupflanzen, ohne was von den dreißig Jahrhunderten zu wissen, die vom Gipfel der Pyramiden ihre historischen Blicke auf seine Frühlingsarbeit warfen.

Da erhebt sich eine rote Sandwolke am nördlichen Horizont, und eine Reihe von Kamelköpfen steigt allmählich über die zitternde Wüstenfläche, nähert sich, nimmt an Größe zu, und der Fellah wirft sich bange zu Boden vor den drei Priestern des Osiris mit ihrem geistlichen Gefolge.

Die Priester steigen von den Kamelen, ohne dem Fellah, der auf dem Bauche liegt, die geringste Aufmerksamkeit zu schenken. Der unbändige Stier hat sich nämlich die neugierigen Blicke der geistlichen Herren zugezogen. Sie treten näher und untersuchen das feurige Tier vom Wirbel bis zur Zehe, kneifen es in die Seiten, gucken ihm in den Mund, und plötzlich kommt ein Beben über sie, sie fallen auf die Knie und stimmen einen Psalm an.

Als der Stier seine Pflicht gegen das kommende Geschlecht getan, beschneiffelte er seine unvermuteten Anbeter, worauf er sich umdrehte und ihnen mit dem Schwanz langsam über's Gesicht fuhr.

Nachdem aber die guten Priester wieder auf die Füße gekommen waren, richteten sie ihre Rede an den armen Fellah, der nicht mehr wußte, wo er zu Hause war.

„Glücklicher Sterblicher, unter deinen unreinen Händen hat die Sonne den Ochsen Apis geboren werden und aufwachsen lassen, die eintaufendsechzehnte Inkarnation des Osiris.“

„Die Herren müßten ihn lieber Alexander nennen,“ erwiderte der verblüffte Fellah.

„Schweig, du Erzrindvieh, dein Stier hat die Marke des Mondes auf der Stirn, er hat die Zeichen auf den Seiten und den Mistkäfer unter der Zunge. Er ist ein Sohn der Sonne.“

„Nein, gewiß nicht, liebe Herren, sein Vater war der Beschäler des Dorfes.“

„Fort, du Kröte,“ schrien die Priester wütend, „von diesem Augenblick an gehört der Stier nicht mehr dir, kraft des priesterlichen Befehles von Memphis.“

Vergeblich suchte der arme Fellah gegen diesen Eingriff ins private Eigentumsrecht Einwendungen zu machen. Die Priester taten ihr Bestes, um seine schwache Auffassungsgabe zu erleuchten, aber es war ihnen nicht möglich, ihm begreiflich zu machen, daß der Stier ein Gott sei; sie legten ihm schließlich ein unverbrüchliches Schweigen auf über die Herkunft des Kindes und waren nicht säumig, es fortzuführen.

Der Tempel des Apis wurde von den Strahlen der Morgensonne beleuchtet und bot einen unvergleichlichen Anblick, der auf die Uneingeweihten überwältigend und geheimnisvoll wirkte, aber eher lächerlich auf die Eingeweihten, die seine Zeichen, welche nichts bezeichneten, zu deuten verstanden.

Eine Schar Bauersfrauen hatte sich vor dem großen Pylon versammelt und wartete den Augenblick ab, wo das Tor geöffnet werden und man sie von ihren Milchbutten befreien würde, die sie für Rechnung des sogenannten neugeborenen Gottes dahin getragen hatten.

Endlich war aus dem Innern des Tempels der düstere Klang eines Horns zu hören, und eine kleine Lufe wurde in dem großen Tor geöffnet. Die Butten wurden von unsichtbaren Händen in Empfang genommen und die Lufe wieder zugeschlossen.

Im Innern des Tempels aber, im Allerheiligsten, stand der Stier Alexander in seiner Zelle und faute an einem Bündel Heu, nach der niederen Priesterschaft schielend, die dabei war, Butter zu den Honigkuchen zu buttern, welche die höhere Priesterschaft die Gütte hatte, im Namen des Gottes Apis zu verzehren.

„Die Milch fängt an, schlechter zu werden,“ ließ sich einer aus.

„Der zunehmende Unglaube!“ erwiderte ein anderer.

„Willst du Platz machen, du Esel,“ schrie ein dritter, dabei, den Stier zu striegeln, und ließ seinen Worten einen Tritt vor die Brust folgen.

„Es geht zurück mit der Religion,“ fing der erste wieder an.

„Zum Teufel mit den Religionen, wenn die Geschäfte nicht mehr gehen.“

„Ja, aber es ist jedenfalls eine Religion fürs Volk nötig! Und dann diese ebenso gern wie eine andere.“

„Dreh dich um, du Kröte,“ hörte man wieder den Stierhüter, der im Striegeln fortfuhr, „morgen sollst du den lieben Gott spielen, daß der Teufel die Gemeinde holt.“

Und alle Priesterschaft brach in Lachen aus, in ein rüchhaltiges, aufrichtiges Lachen, auf das sich eine aufgeklärte Priesterschaft so gut versteht.

Den Tag darauf, auf den das Fest angesetzt war, wurde der Gott Apis, mit Girlanden und Blumenkränzen bedeckt und mit seidenen Bändern umwunden, eine Schar Kinder und Musikanten vor sich, in festlichem Zuge rings um den Tempel geführt, um die Huldigung des Volkes entgegenzunehmen.

Alles ging so gut wie möglich, und nichts störte während der ersten Halbstunden die Freude. Aber der böshafte Zufall fügte es, daß der frühere Besitzer des armen Alexander, der von Sorgen um die Steuer geritten wurde, am selben Morgen seine Kuh zum Markt nach der Stadt geführt hatte, um sie zu verkaufen. Und sie stand noch da, als der Festzug aus einer angrenzenden Straße hervortrug und den Gatten an ihre Seite führte, von dem sie während so vieler Monate von Tisch und Bett getrennt gewesen. Dieser, der nach seinem aufgezwungenen Strohwitwerstand unglaubliche Kräfte in sich fühlte und jetzt von dem besonderen Geruch seiner früheren Ehehälften angelockt wurde, ließ die Pflichten, die ihm seine Eigenschaft als Gott auferlegte, vergessend, seine Götterrolle fallen, warf seine Wächter zu Boden und stürzte seiner Gattin entgegen.

Die Situation wurde ernst, und man mußte sie, wenn möglich, retten. Zum Unglück für die Priester war die Freude des Fellahs, seinen Stier wiederzufinden, allzu groß, als daß er sich zurückhalten konnte, und er, der bereits außer sich war, begann zu rufen:

„Ach, du mein armer Alexander, wie habe ich dich vermisst!“

Aber die Priester hatten ihren Widerspruch fertig: „Er lästert! Tod dem Heiligtumschänder!“

Der Fellah, der in einem Nu von dem wütenden Hausen mürbe geschlagen war, wurde von der Polizei in die Hand genommen und vors Gericht gezogen. Aufgefordert, die Wahrheit zu sagen, blieb der Fellah standhaft dabei, daß der Ochse ihm gehöre, und daß er unter dem Namen Alexander in seinem Dorfe als Gemeindestier gedient habe.

Aber es komme jetzt nicht darauf an, ein Faktum zu konstatieren; der Fellah habe sich nur gegen die Anklage zu verteidigen.

„Hast du oder hast du nicht den heiligen Ochsen dadurch geschmäht, daß du ihn Alexander nanntest?“

„Gewiß habe ich ihn Alexander genannt, da...“

„Genug! Du hast ihn Alexander genannt.“

„Da... es die Wahrheit ist.“

„Man darf nicht die Wahrheit sagen.“

„Soll man denn lügen?“

„Man sagt nicht lügen; man benutzt den Ausdruck: die Ansichten anderer respektieren.“

„Welcher anderer?“

„Das weißt du wohl... seines Nächsten... aller Menschen.“

„In diesem Falle, würdiger Richter, geruhet, meine Ansicht von dem Stier zu respektieren und laßt mich in Frieden!“

„Aber, du Dummtopf, die anderen, nicht du, begreiffst du.“

„Ja, ich begreife, die anderen, das sind alle außer dem Fellah.“

„Willst du mich vielleicht verhören? Geh deiner Wege; die Priester dürfen nach Gutdünken mit dir verfahren.“

Zum Tempel des Osiris geführt, fand der Fellah den Oberpriester empfänglicher für Gründe, als er zu hoffen gewagt hatte.

Es sei ohne allen Zweifel der Stier Alexander, das wolle er nicht bestreiten, aber man dürfe es nicht sagen, weil... genug... da nun einmal die Gesellschaft auf stilles Abereinkommen sich aufbaue, sei es durchaus notwendig, die Ansichten der anderen zu respektieren.

„Aber warum denn, in des Himmels Namen, nicht die Überzeugung des Fellahs respektieren, da er ja auch ein anderer ist im Verhältnis zum Hausen.“

Der Oberpriester, ein ehrlicher Mann, der das Herz auf dem rechten Fleck hatte, fühlte sich aller Diebstünfte müde und war von dem ungekünstelten Gesichtspunkt des Fellahs gerührt. Er fand die Gelegenheit günstig, Reformen vorzuschlagen, und nachdem er sich mit allen seinen Amtsbrüdern beraten hatte, ließ er das Volk, das sich vor den Pylonen zusammengerottet hatte, in die Vorhalle, und nachdem er den Ornat abgelegt, stieg er, in eine bürgerliche Tunika gekleidet, auf den Altar, um zum Hausen zu sprechen.

„Meine Kinder,“ fing er an.

Aber unter dem bestürzten Volke, das ihn nicht mehr wiedererkannte, entstand eine Bewegung.

„Meine Kinder,“ rief der Oberpriester aus, „die Tracht macht nicht den Mann. Seht ihr nicht, meine Freunde, daß ich es bin, der Oberpriester des Osiris!“

Der Hause fing an zu murmeln.

„Nun denn, meine Kinder, die Stunde ist jetzt gekommen, euch in die heiligen Mysterien einzuwöhnen. Werdet nicht bange! Ich bin nur ein einfacher Sterblicher, wie ihr alle, und um euch zu beruhigen, habe ich die bis auf die Füße reichende Kleidung abgelegt. Ihr habt den Stier, das Sinnbild der allbetrachtenden Sonne, für den Gott selbst genommen.“

Und sich an die Priester wendend, fuhr er fort:

„Zieht den Vorhang von der Vorhalle zurück!“

Der Hause, der niemals das Innere des Tempels gesehen hatte, warf sich vor den Sphinx- und Osirisbildwerken auf die Knie, die durch die halbgeöffneten Vorhänge schimmerten. Niemand wagte dahin zu blicken.

„Steht auf,“ donnerte der Priester, „steht auf! Und zieht nun den zweiten Vorhang fort!“

Der Vorhang erhob sich. Und vor den bestürzten Augen des Volkes offenbarte sich ein ganz gewöhnlicher Stall im Hintergrund des Tempels, und da lag der heilige Ochse ganz ungeniert und wiederläute.

„Wir sehen hier den Stier Alexander,“ rief der Priester, „ihr glaubt, es sei ein Gott, und doch ist es nur ein armes Kind, oder nicht, Fellah?“

Da aber entstand ein fürchterliches Geschrei, und in all dem verworrenen Lärm brach eine Frauenstimme in die Worte aus:

„Tempelschänder! Nieder mit dem Lasterer, dem Lügner.“

Und in weniger als einer Minute war der Oberpriester von den Weibern erwürgt, hinausgeschleppt und in einen Brunnen geworfen.

Und dieselbe Behandlung widerfuhr dem Fellah, der die heilige Lüge geschändet hatte.

Aber die Priester glaubten am besten zu tun, wenn sie die Vorhänge herabließen und ihre Zuflucht zum Allerheiligsten nahmen, wo sie mit ihrer heiligen Viehzucht fortfuhren und für und für ihr Leben der Verehrung des alleinseligmachenden Irrtums widmeten.

Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Clara Jellin (Jundel), Wilhelmshöhe Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.

* Aus „Moderne Fabeln“, Hermann Seemann Nachf. Berlin und Leipzig.